



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbericht	3
1.1 Rechtsgrundlagen	3
1.2 Rahmenbedingungen / Ausgangslage	4
1.2.1 Eckdaten Gesamthaushalt	4
1.2.2 Allgemeine Deckungsmittel	5
1.2.3 Entwicklung der Finanzen nach Einzelplänen	9
1.3 Entwicklung der Sollfehlbeträge der Jahresrechnungen 2006-2008 mit Hochrechnung 2009 und Prognose 2010	26
1.4 Entwicklung der dauernden Leistungsfähigkeit	29
1.5 Umsetzung der Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept 2008	30
1.6 Sanierungsstrategie, Zeitraum der Haushaltssicherung	30
2. Haushaltssicherung 2009 bis 2013	32
2.1 Entwicklung Personalausgaben	32
2.2 Sachkosten der Verwaltung	33
2.3 Struktur der städtischen Beteiligungen	34
2.4 Freiwillige Leistungen	34
2.5 Verwaltungsstruktur	35
2.6 Energiesparmaßnahmen	36
2.7 Schulnetzplanung	36
2.8 Einrichtung Controlling	37
3. Katalog der Haushaltssicherungsmaßnahmen	38
3.1 Katalog der vom Stadtrat zu beschließenden Haushaltssicherungsmaßnahmen	39
3.2 Weitere Haushaltssicherungsmaßnahmen in Zuständigkeit des Oberbürgermeisters	51



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

Anlagen

- Anlage 1 Zahlenmäßige Darstellung der Maßnahmen zur Haushaltssicherung 2008 – 2013
 - Anlage 1.1 Zusammenfassende Übersicht Verwaltungshaushalt
 - Anlage 1.2 Zusammenfassende Übersicht optimierter Regiebetrieb
 - Anlage 1.3 Zusammenfassende Übersicht Vermögenshaushalt
 - Anlage 1.4 Gesamtübersicht Verwaltungs-, Vermögenshaushalt, Wirtschaftsplan
- Anlage 2 Personalsoptimierungskonzept
- Anlage 3 Übersicht über die im Haushaltsplan veranschlagten freiwilligen Leistungen
 - Anlage 3.1 Freiwillige Einrichtungen und Maßnahmen im Verwaltungshaushalt 2010
 - Anlage 3.2 Entwicklung der Zuschusszahlungen im Zeitraum 2006 bis 2010
- Anlage 4 Finanzplanung
- Anlage 5 Ergebnisliste begonnener bzw. umgesetzter Konsolidierungsmaßnahmen
 - Anlage 5.1 Umgesetzte Konsolidierungsmaßnahmen in Zuständigkeit des Stadtrates
 - Anlage 5.2 Umgesetzte Konsolidierungsmaßnahmen in Zuständigkeit des Oberbürgermeisters

Abkürzungsverzeichnis

AKP	Auftragskostenpauschale
HSK	Haushaltssicherungskonzept
i.H.v.	in Höhe von
i.V.m.	in Verbindung mit
SGB	Sozialgesetzbuch
ThürEBV	Thüringer Eigenbetriebsverordnung
ThürFAG	Thüringer Finanzausgleichsgesetz
ThürGemHV	Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung
ThürKO	Thüringer Kommunalordnung
v.H.	vom Hundert
VMH	Vermögenshaushalt
VWH	Verwaltungshaushalt
üWK	übertragener Wirkungskreis



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

1. Vorbericht

1.1 Rechtsgrundlagen

Gemäß § 53 Abs. 4 ThürKO ist ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen, wenn die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit in zwei der drei dem laufenden Jahr vorangegangenen Haushaltsjahre oder in zwei der dem ersten Finanzplanungsjahr folgenden Finanzplanjahre einen Fehlbetrag ausweist. Mit dem HSK ist der Zeitraum zu beschreiben, innerhalb dessen die dauernde Leistungsfähigkeit wieder hergestellt werden soll.

Nach § 3 Ziffer 7 ThürGemHV sind auch im Vorbericht zum Haushaltsplan Aussagen zu treffen, wie sich im Fall einer Haushaltskonsolidierung die aufgeführten Maßnahmen im Haushaltsjahr und im Finanzplanungszeitraum voraussichtlich auswirken werden.

Das Thüringer Landesverwaltungsamt verpflichtete die Stadt Eisenach in der Würdigung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2009 vom 26. März 2009 zur Fortschreibung und Konkretisierung des HSK. Die Auflagen enthielten die Anforderung, das HSK bis zum 31.01.2010 grundlegend mit folgenden Mindestinhalten zu überarbeiten und fortzuschreiben:

- Eine umfassende Sanierungsstrategie im Vorbericht zum HSK darzustellen,
- jeden Einzelplan detailliert nach den wichtigsten Unterabschnitten zielorientiert separiert mit jährlichen Etappenzielen und dem Gesamtziel darzustellen,
- gesamtplanerische Etappenziele nach Haushaltsjahren gestaffelt darzustellen und den Zeitpunkt der beabsichtigten Haushaltssanierung zu fixieren.

In der der Haushaltswürdigung der Rechtsaufsicht beigefügten Begründung wird eine Reihe von Hinweisen zur Aufstellung des HSK gegeben. Diese Hinweise wurden aufgegriffen und im Rahmen der Erstellung des HSK berücksichtigt.

Die aus dem Maßnahmenkatalog resultierenden Berechnungen zu den Etappen des HSK werden in der Anlage 1 dargestellt.

Das vorliegende HSK 2009 bis 2013 zeigt die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die bisherigen Ergebnisse der Haushaltssanierung auf, es aktualisiert laufende und ergänzt zukünftige Maßnahmen.



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

1.2 Rahmenbedingungen / Ausgangslage

Im Rahmen des Konzeptes ist die Ausgangslage auf der Basis der Rechnungsergebnisse der vergangenen Haushaltsjahre und der Haushaltsplandaten des Jahres 2009 zu erfassen.

1.2.1 Eckdaten Gesamthaushalt

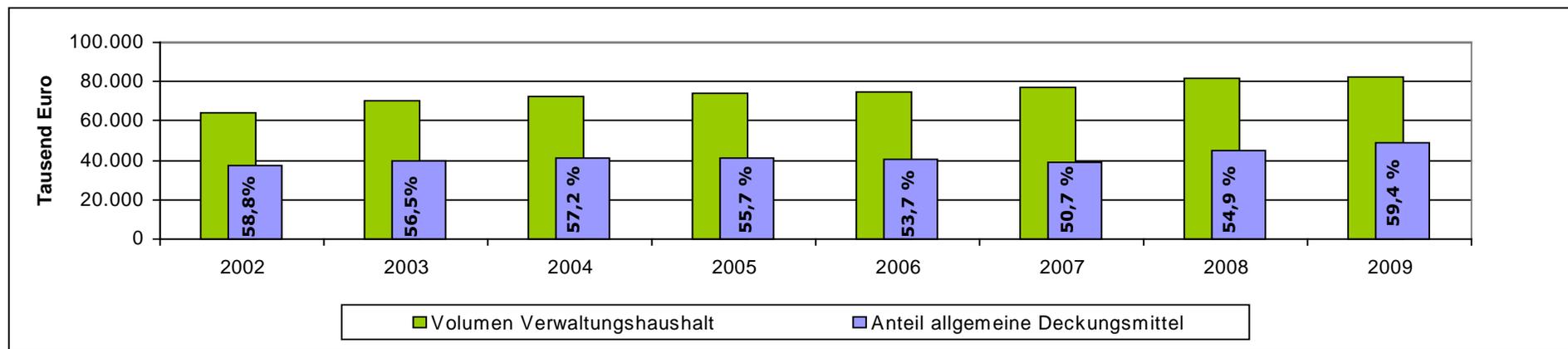
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 NTHH
1. Einwohner (per 31.12. vorvergangenes Jahr)	44.442	44.242	44.306	44.081	43.915	43.727	43.626	43.308
2. Haushaltsvolumen	- in TEuro -							
Verwaltungshaushalt*	63.954	70.086	72.517	73.900	74.740	77.422	81.917	82.515
Vermögenshaushalt*	10.559	16.338	16.816	9.153	15.885	7.472	17.117	24.513
Gesamthaushalt*	74.513	86.424	89.333	83.053	90.625	84.894	99.034	107.028
Einheitl. Sollfehlbetrag (* nach Ausgaben)	535	0	0	0	2.767	2.996	3.492	0
3. Schulden								
Kreditaufnahme	2.000	400	3.000	0	1.500	0	1.500	2.050
ordentliche Tilgung	2.203	2.291	2.446	1.549	1.619	1.761	1.903	2.048
Verschuldung am 31.12. (Ist)	38.505	38.213	38.361	37.812	36.193	35.931	34.028	35.523
Pro-Kopf-Verschuldung in Euro	866 Euro	864 Euro	866 Euro	858 Euro	824 Euro	822 Euro	780 Euro	820 Euro
4. Zuführungen								
Pflichtzuführung (ord. Tilgung)	2.203	2.291	2.446	1.549	1.619	1.761	1.903	2.048
VWH → VMH								
erwirtschaftete	733	2.291	2.446	1.549	0	0	0	-
Pflichtzuführung								
Zuführung VMH → VWH (Ausnahme zum Ausgleich VWH)	0	0	0	0	2.352	897	124	-
5. Rücklagen								
Entnahme aus Rücklage	0	0	0	0	923	0	0	0
Zuführung an Rücklage	0	0	661	262	0	0	0	-
Bestand 31.12.	0	0	661	923	0	0	0	-
gesetzliche Mindestrücklage	1.247	1.261	1.311	1.377	1.443	1.474	1.507	1.579



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

1.2.2 Allgemeine Deckungsmittel

Den größten Teil der städtischen Einnahmen bilden mit über 50 % die allgemeinen Deckungsmittel.



Dazu zählen die allgemeinen und investiven Finanzaufweisungen des Landes in Form des kommunalen Finanzausgleichs durch Schlüsselzuweisungen und Auftragskostenpauschalen sowie die Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer und der Familienleistungsausgleich. Daneben werden die Einnahmen aus Grund- und Gewerbesteuern als allgemeine Deckungsmittel verwendet.

Mit wenigen Ausnahmen sind alle Aufgaben der Stadt mehr oder weniger stark aus den allgemeinen Deckungsmitteln zu subventionieren.

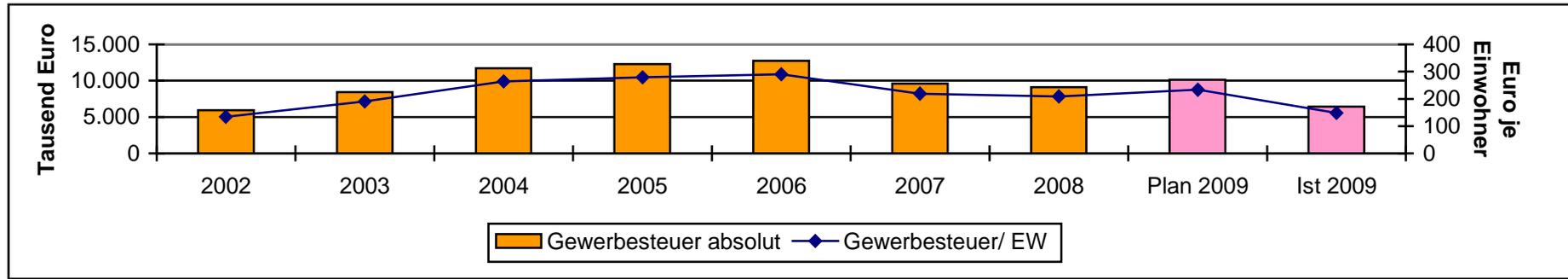
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 Plan
Summe	37.446	39.582	41.514	41.185	40.172	39.256	44.943	48.979
	- in TEuro -							
Grundsteuer A und B	3.502	3.892	3.974	3.943	3.971	4.253	4.377	4.303
Gewerbesteuer (netto)	5.940	8.431	11.704	12.288	12.720	9.567	9.100	10.097
Sonstige eigene Steuern	211	328	354	290	281	301	219	300
GA Est/ USt	5.987	6.349	6.132	6.951	6.836	8.148	10.236	10.238
Familienleistungsausgleich	1.351	1.082	1.398	1.294	1.220	1.390	1.436	1.438
Schlüsselzuweisung	18.250	17.062	15.526	13.883	12.556	13.063	15.681	18.718
Auftragskostenpauschale	2.165	2.325	2.365	2.444	2.396	2.438	3.894	3.885



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

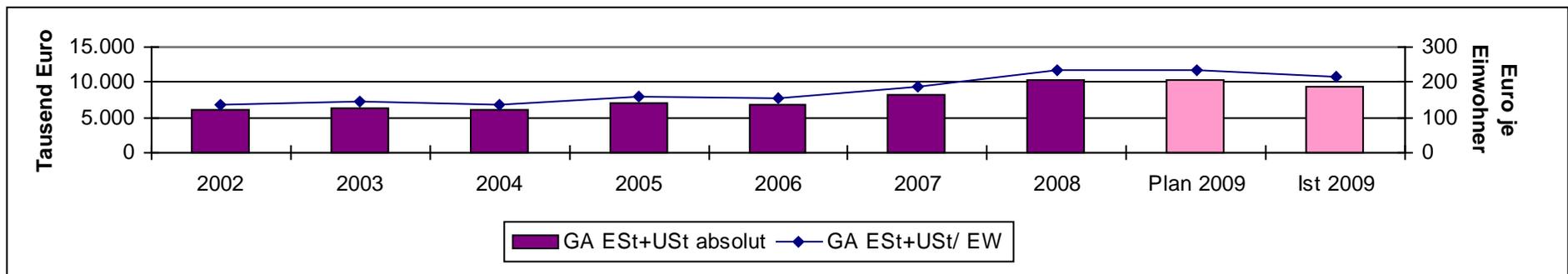
Wie sich die wichtigsten allgemeinen Deckungsmittel im Betrachtungszeitraum 2002 bis 2009 entwickelt haben wird in der Folge dargestellt:

◆ Entwicklung der Netto-Gewerbesteuereinnahmen



Der Anteil der Gewerbesteuer (netto) am Gesamtvolumen des Verwaltungshaushaltes hat sich von 2002 (9,3%) bis zum Jahr 2006 (17,0%) fast verdoppelt, mit dem Jahr 2007 war hier ein Rückgang auf rd. 12,4% zu verzeichnen. Diese negative Entwicklung setzte sich im Jahr 2008 fort, hier betrug der Anteil an den Gesamteinnahmen nur noch 11,1%. Im Jahr 2009 wirkt sich die Finanz-/ Wirtschaftskrise insbesondere auch in dieser Einnahmeposition aus. Planungsseitig betrug der Anteil der Gewerbesteuer (netto) am Gesamtvolumen des Verwaltungshaushaltes in 2009 noch rd. 12,2%, aus der aktuellen Einnahmeentwicklung liegt dieser Anteil bei nur noch **8,3%** und damit auf dem Tiefststand im gesamten Betrachtungszeitraum. Flossen im Jahr 2006 pro Einwohner noch rd. 314 Euro und somit insgesamt 13,77 Mio. Euro, werden 2009 nur Einnahmen in Höhe von 6,4 Mio. Euro (146 Euro pro Einwohner) verzeichnet. Im Durchschnitt der neuen Länder betrug der Anteil der Gewerbesteuer an den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes im Jahr 2007 12,1%.

◆ Entwicklung Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer



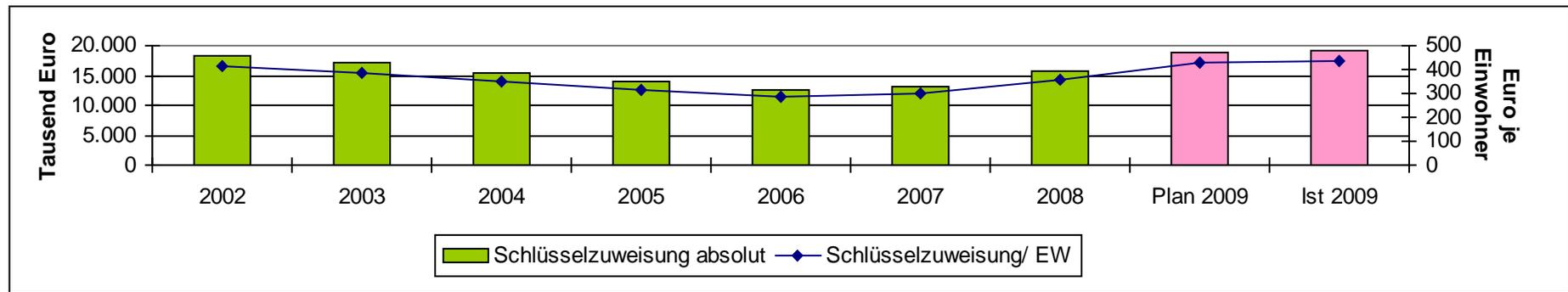


Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

Die Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer haben sich seit 2002 positiv entwickelt, im Schnitt der Jahre 2002 bis 2006 machten diese Einnahmen bei der Stadt **9,1%** der Einnahmen am Gesamtvolumen des Verwaltungshaushaltes aus. Im Jahr 2007 stieg dieser Anteil auf 10,5%, für 2008 und 2009 sogar auf über 12% an. Im Durchschnitt der neuen Länder betrug der Anteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer an den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes im Jahr 2007 8,7% (Quelle: Bericht GStB, Entwicklung und Struktur der Kommunal Finanzen 1998 bis 2007).

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auf die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer ebenfalls einen negativen Einfluss. So liegen die Ist-Einnahmen 2009 bei diesen beiden Einnahmearten rd. 426 TEuro unter dem Planansatz.

◆ Entwicklung der Schlüsselzuweisung



Das Jahr 2002 beinhaltet die letzte Sonderzahlung aus der Kreisfreiheit Eisenachs in Höhe von 3,0 Mio. DM (1,5 Mio. Euro). In den Folgejahren ist der Rückgang der Schlüsselzuweisung insgesamt auf eine gestiegene Steuerkraft der Stadt zurückzuführen (vgl. insbesondere Gewerbesteuer, Gemeindeanteile Est/ USt). Im Jahr 2005 wirkte sich weiterhin die Änderung der Vorwegschlüsselzuweisung von bisher 15,33 Euro/ EW auf 4,88 Euro/ EW aus, welche ab dem Jahr 2008 gänzlich entfiel.

Mit dem Jahr 2008 waren umfangreiche Änderungen im kommunalen Finanzausgleich zu berücksichtigen: Umstellung der Berechnung der Steuerkraftmesszahlen auf einen anderen Zeitraum sowie Aufnahme bisher separat gezahlter Landeszuweisungen in die Schlüsselmasse. Daneben flossen in nicht unerheblichen Maß Abrechnungsbeträge aus Vorjahren im Rahmen des FAG in die Berechnungen 2008 (51 Mio. Euro) und 2009 (180 Mio. Euro) ein, so dass ein deutlich positiver Trend bei dieser Einnahme zu verzeichnen war.

Während der prozentuale Anteil dieser Einnahmen an den Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushaltes in den Jahren 2002 bis 2004 noch fast 25% ausmachte, lag dieser in den Jahren 2005 bis 2007 nur noch bei durchschnittlich 18%. In 2008 war hier erstmals wieder eine Verbesserung auf 19,1 % und in 2009 auf 22,7 % zu verzeichnen.



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

Ab dem Jahre 2010 werden aufgrund der vom Land vorgenommenen Systemumstellung im kommunalen Finanzausgleich keine Abrechnungsbeträge aus Vorjahren mehr in die Folgejahre zur Verstärkung der Finanzausgleichsmasse einfließen.

Laut Entwurf des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes 2010 (ThürFAG 2010) liegt die Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2010 rd. 20 Mio. Euro unter der des Vorjahres. Für die Schlüsselzuweisung der Stadt bedeutet dies konkret eine Mindereinnahme von rd. 1,8 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr (Quelle: vorläufige Berechnung der Schlüsselzuweisung 2010 durch das Thüringer Innenministerium).

Die momentan sinkende Steuerkraft der Stadt wird sich in der Berechnung der Schlüsselzuweisung der Folgejahre auswirken.

◆ Resümee zu den allgemeinen Deckungsmitteln

Die allgemeine Finanz- und Wirtschaftskrise wirkte sich bereits in 2009 negativ auf den Haushalt aus. In den Folgejahren, insbesondere 2010 wird sich diese Situation weiter verschärfen.

Neben den vorstehenden Ausführungen wird es auch bei der Auftragskostenpauschale zu Veränderungen im Haushaltsjahr 2010 kommen. Einfließen wird in die Auftragskostenpauschale 2010 die Abrechnung der im Jahr 2008 kommunalisierten Aufgaben im Bereich Umwelt und Soziales. Offen bleibt in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Erstattung der Aufwendungen wie angekündigt vollständig erfolgt.

Ein weiterer Einschnitt in die kommunalen Finanzen 2010 ist der Wegfall der in 2008 und 2009 gezahlten Anpassungshilfe an die zentralen Orte. Die Stadt erhielt hieraus in den Jahren 2008 und 2009 jeweils rd. 0,6 Mio. Euro.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen sowie der Orientierungsdaten zur Aufstellung des Haushaltes 2010 erfolgte die Ermittlung der allgemeinen Deckungsmittel für 2010 mit dem Ergebnis, dass hier rd. 5,7 Mio. Euro weniger eingeplant werden müssen als noch 2009. Gegenüber dem vorläufigen Rechnungsergebnis 2009 beläuft sich die Mindereinnahme auf rd. 1,4 Mio. Euro.



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

1.2.3 Entwicklung der Finanzen nach Einzelplänen

Wie die allgemeinen Deckungsmittel in die konkreten Aufgabenbereiche zur Finanzierung einfließen (Einzelpläne 0 bis 8) ist den folgenden Übersichten und ergänzenden Erläuterungen zu entnehmen.

Vorangestellt seien zunächst einige allgemeine Erläuterungen:

Zum **01.01.2006** erfolgte die Ausgliederung von Aufgabenbereichen der Verwaltung in den damaligen Eigenbetrieb Stadtwerke, jetzt Regiebetrieb Amt für Tiefbau und Grünflächen, womit deutliche Veränderungen in der Finanzierung (Budget) einhergingen. Auch die bisher budgetfinanzierten Bereiche (Park- und öffentliche Grünanlagen, Parkraumbewirtschaftung, Bauhof) wurden den konkreten Aufgabenbereichen zugeordnet und nicht mehr zusammengefasst im Einzelplan 8 dargestellt. Besonders deutlich wird diese Änderung in den Einzelplänen 5 bis 8. Zum **01.01.2008** wurden die Stadtwerke in den optimierten Regiebetrieb umgeformt und gleichzeitig das bisherige Tiefbauamt in diesen eingegliedert.

Insbesondere **seit dem Jahr 2006** sind die Ausgaben in allen Aufgabenbereichen, mit Ausnahme der Schulen, mehr oder weniger stark gestiegen. Der **Einzelplan 4 – Soziale Sicherung** - weist über den gesamten Betrachtungszeitraum (2002-2009) einen deutlichen Anstieg der Ausgaben auf. Ursachen sind hierfür u.a. folgende Kommunalisierungen/ Änderungen bzw. neue Aufgaben:

- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (01.01.2003)
- Eingliederungshilfe (01.07.2003)
- Grundsicherung nach dem SGB II (01.01.2005)
- Thüringer Familienförderungsgesetz (01.01.2006)
- Thüringer Erziehungsgeld (01.07.2006)
- Blindengeld/ Blindenhilfe (01.05.2008)
- Schwerbehindertenfeststellungsverfahren (01.05.2008)

Diese Veränderungen werden auch bei der Betrachtung der Ausgaben je Einwohner in diesem Einzelplan besonders deutlich. Waren es im Jahre 2002 noch umgerechnet **404 Euro/ Einwohner**, sind es im Jahr 2008 mittlerweile **899 Euro/ Einwohner**. Das bedeutet einen Zuwachs über den gesamten Zeitraum von 122%! Welchen Stellenwert der Einzelplan 4 – Soziale Sicherung - im Gesamthaushalt einnimmt, wird auch am Rechnungsergebnis für 2008 deutlich. Insgesamt 48% (39,2 Mio. Euro) der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes werden im Einzelplan 4 nachgewiesen, an zweiter Stelle steht der Einzelplan 3 – Wissenschaft, Forschung, Kultur - mit einem vergleichsweise niedrigen Wert von 13% (10,7 Mio. Euro), an dritter Stelle rangiert der Einzelplan 0 – Allgemeine Verwaltung - mit einem Anteil von 10 % (8,4 Mio. Euro).

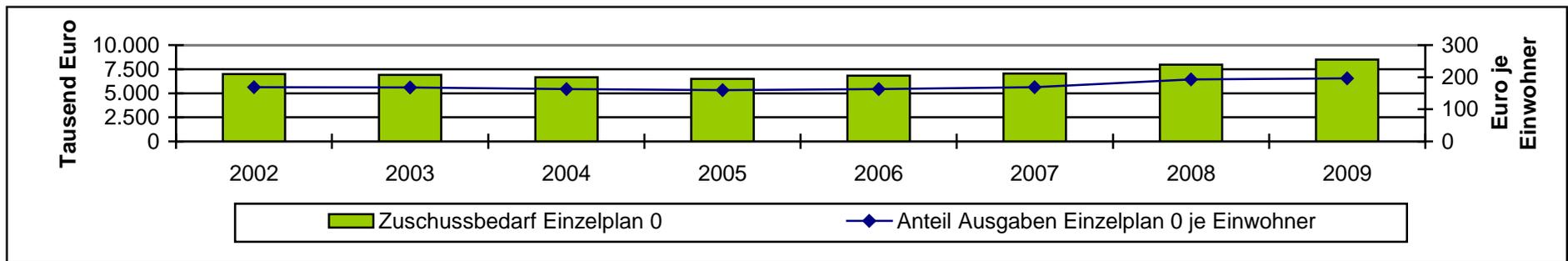
In den Haushaltsjahren **2006** und **2007** fehlten im **Verwaltungshaushalt 2.352 TEuro** bzw. **896 TEuro** zur Finanzierung der Ausgaben, des Weiteren konnte die Pflichtzuführung nicht erwirtschaftet werden. Im Jahr **2008** stand eine Finanzierungslücke von **124 TEuro** im Verwaltungshaushalt zu Buche. Eine Zuführung an den Vermögenshaushalt war damit erneut nicht möglich. Unter Berücksichtigung des vorläufigen Rechnungsergebnisses ist abzusehen, dass in 2009 keine Trendwende zu verzeichnen sein wird.



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

◆ Einzelplan 0 - Allgemeine Verwaltung (insgesamt)¹

insgesamt in TEuro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	514	525	556	542	352	332	456	487
davon aus Verwaltung und Betrieb	398	434	469	445	263	231	348	391
davon sonstige Finanzeinnahmen	116	91	87	97	89	101	108	96
Ausgaben	7.498	7.430	7.208	7.032	7.163	7.385	8.427	8.984
davon Personalausgaben	5.285	5.186	4.899	4.828	4.661	4.704	5.007	5.242
davon Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand	2.120	2.156	2.216	2.151	1.222	940	1.583	1.277
davon Zuweisungen und Zuschüsse	93	89	93	54	1.280	1.741	1.836	2.465
<i>darunter Budget optimierter Regiebetrieb</i>					1.219	1.680	1.720	2.349
SALDO	-6.984	-6.906	-6.652	-6.490	-6.811	-7.053	-7.971	-8.497
davon Finanzierung aus allg. Deckungsmitteln	6.940	6.859	6.605	6.443	6.764	7.006	7.930	8.456
davon Finanzierung aus AKP üWK	44	47	47	47	47	47	41	41
Anteil der Ausgaben am VWH in %	12%	11%	10%	10%	10%	10%	10%	11%
Anteil der Ausgaben in Euro/ Einwohner	169	168	163	160	163	169	193	209



- relativ konstante Entwicklung der Ausgaben von 2002 bis 2007
- der „Sprung“ von 2007 zu 2008 ist hauptsächlich auf die neue Veranschlagung der bisherigen Mietkaufrate für das Verwaltungsgebäude im VWH zurückzuführen, diese wurde mit dem Haushalt 2009 dem Budget an den oRB zugeordnet (rd. 600 TEuro), daneben wieder ein deutlicher Anstieg der Personalkosten
- die Veränderungen auf der Einnahme- und Ausgabeseite von 2005 zu 2006 resultieren aus der Ausgliederung von Verwaltungsbereichen in die damaligen Stadtwerke, jetzt Regiebetrieb

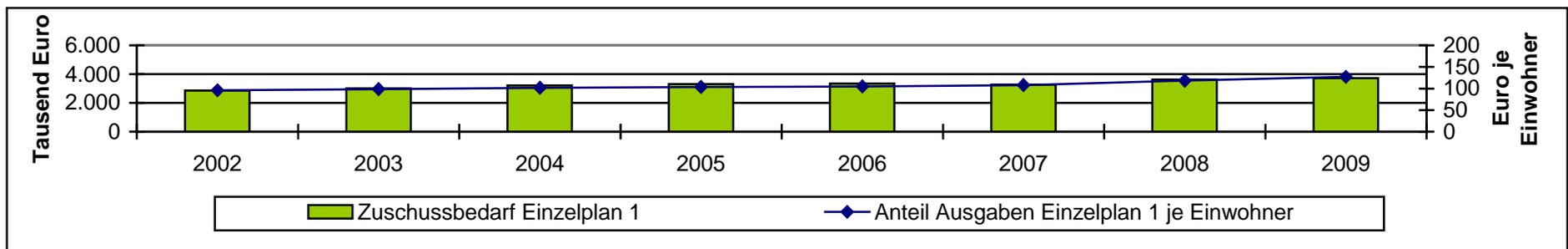
¹ **Aufgaben:** Gemeindeorgane, Rechnungsprüfung, Hauptverwaltung, Finanzverwaltung, besondere Dienststellen der allg. Verwaltung, Einrichtungen für die gesamte Verwaltung, Einrichtungen und Maßnahmen für Verwaltungsangehörige
darunter Aufgaben im üWK: Vollstreckung durch Kassen der Gemeinden, Personenstandswesen, Beglaubigungen, Lebenspartnerschaftsgesetz, Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen mit dem Ausland



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

◆ Einzelplan 1 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung²

insgesamt in TEuro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	1.388	1.355	1.307	1.299	1.261	1.416	1.529	1.804
davon aus Verwaltung und Betrieb	1.028	1.049	957	994	908	923	1.103	1.372
davon sonstige Finanzeinnahmen	360	306	351	306	353	493	426	432
Ausgaben	4.257	4.378	4.523	4.601	4.600	4.705	5.157	5.513
davon Personalausgaben	3.437	3.500	3.680	3.662	3.686	3.835	4.291	4.542
davon Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand	652	711	676	763	608	553	541	642
davon Zuweisungen und Zuschüsse	167	167	166	176	307	317	325	329
<i>darunter Budget optimierter Regiebetrieb</i>					133	132	141	139
SALDO	-2.869	-3.023	-3.216	-3.301	-3.339	-3.288	-3.628	-3.709
davon Finanzierung aus allg. Deckungsmitteln	1.978	2.052	2.244	2.417	2.481	2.405	2.038	2.130
davon Finanzierung aus AKP üWK	891	971	972	884	858	883	1.590	1.579
Anteil der Ausgaben am VWH in %	7%	6%	6%	6%	6%	6%	6%	7%
Anteil der Ausgaben in Euro/ Einwohner	96	99	102	104	105	108	118	127



- im gesamten Zeitraum ist ein kontinuierlicher Anstieg der Ausgaben zu verzeichnen, eine gleichzeitige positive Entwicklung der Einnahme ist erst seit dem Jahr 2007 gegeben, hauptursächlich liegt die Steigerung der Ausgaben in den Aufwendungen für das Personal begründet
- im Jahr 2008 ist in die Einnahmen und Ausgaben die **Kommunalisierung der staatlichen Umweltämter** eingeflossen (kostendeckend veranschlagt)
- des Weiteren wurde zum **01.01.2008** der **Katastrophenschutz kommunalisiert**; zur Finanzierung dieser Aufgabe erhält die Stadt einen Sockelbetrag im Rahmen der Auftragskostenpauschale in Höhe von rd. 200 TEuro

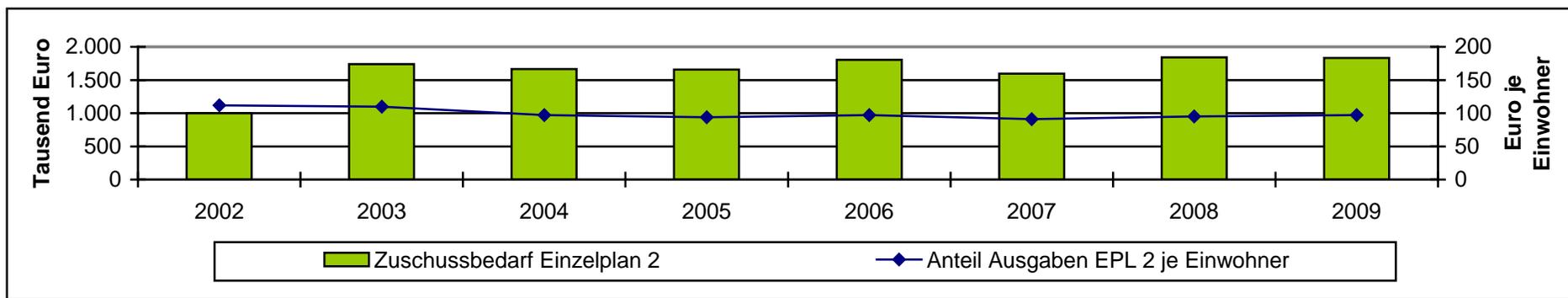
² **Aufgaben:** öffentliche Ordnung, Umweltschutz, Brandschutz, Katastrophenschutz, Zivilschutz, Rettungsdienst
darunter Aufgaben üWK: allg. Ordnungsrecht, Versammlungs-, Fund-, Staatsangehörigkeits-, Feiertagsrecht, Kleingarten-, Vereinswesen, Sammlungen, Arbeitsschutz, Melde-, Pass- und Personalausweis-, Ausländer-, Untere Gewerbe-, Untere Fischerei- und Jagd-, Untere Wasser-, Untere Abfall-, Untere Bodenschutz, Untere Straßenverkehrsbehörde, Wehreffassung, Ausführung Waffengesetz, RettungsdatenVO, Unabkömmlichkeitsstellung, Manöver der Bundeswehr, Lotterien, Immissions-, Lärmschutz



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

◆ Einzelplan 2 - Schulen³

insgesamt in TEuro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	3.995	3.137	2.631	2.472	2.451	2.391	2.307	2.352
davon aus Verwaltung und Betrieb	3.992	3.134	2.631	2.471	2.448	2.387	2.301	2.342
davon sonstige Finanzeinnahmen	3	3	0	1	3	4	6	10
Ausgaben	4.997	4.877	4.295	4.129	4.257	3.986	4.146	4.184
davon Personalausgaben	1.587	1.510	1.471	1.466	1.030	1.047	1.153	1.165
davon Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand	3.302	3.253	2.703	2.539	1.026	1.107	1.161	1.202
davon Zuweisungen und Zuschüsse <i>darunter Budget optimierter Regiebetrieb</i>	108	114	121	124	2.201	1.832	1.832	1.817
					2.094	1.707	1.676	1.676
SALDO	-1.002	-1.740	-1.664	-1.657	-1.806	-1.596	-1.839	-1.832
davon Finanzierung aus allg. Deckungsmitteln	956	1.692	1.616	1.603	1.752	1.540	1.764	1.758
davon Finanzierung aus AKP üWK	46	48	48	54	54	56	75	74
Anteil der Ausgaben am VWH in %	8%	7%	6%	6%	6%	5%	5%	5%
Anteil der Ausgaben in Euro/ Einwohner	112	110	97	94	97	91	95	97



- vom Jahr 2002 bis zum Jahr 2007 reduzierten sich die Ausgaben im Schulbereich um rd. 1,0 Mio. Euro, im gleichen Zeitraum sanken aber auch die Einnahmen um rd. 1,6 Mio. Euro ab, u.a. haben sich die Einnahmen aus dem Schullastenausgleich wie folgt entwickelt: 1.994 TEuro (02)/ 1.822 TEuro (03)/ 1.815 TEuro (04)/ 1.704 TEuro (05)/ 1.645 TEuro (06)/ 1.634 TEuro (07)/ 1.607 TEuro (08)/ 1.680 TEuro (09)
- während sich die Einnahmen seit 2007 bei rd. 2,3 Mio. Euro eingepegelt haben, ist ausgabeseitig wieder ein leichter Zuwachs (insb. bei den Personalaufwendungen) zu verzeichnen

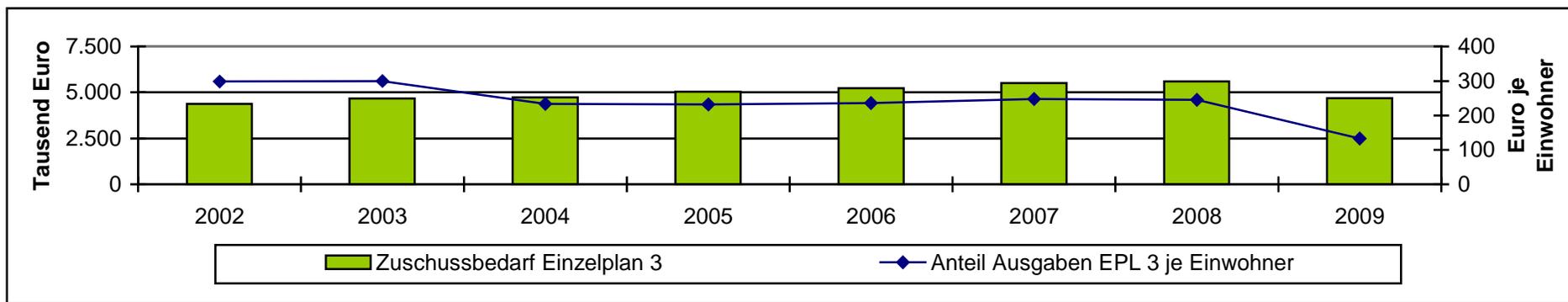
³ **Aufgaben:** Schulverwaltung, Grund- und Regelschulen, Gymnasien, Berufsschulen, Förderschulen, Sonstiges Schulwesen
darunter Aufgaben üWK: Ausbildungsförderung, Vollzug HortkBVO, Ordnungswidrigkeiten nach dem Schulgesetz



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

◆ Einzelplan 3 - Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege⁴

insgesamt in TEuro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	8.872	8.591	5.572	5.185	5.163	5.299	5.102	1.088
davon aus Verwaltung und Betrieb	8.858	8.578	5.557	5.171	5.153	5.288	5.091	1.074
davon sonstige Finanzeinnahmen	14	13	15	14	10	11	11	15
Ausgaben	13.250	13.262	10.303	10.218	10.381	10.801	10.690	5.769
davon Personalausgaben	2.021	2.018	2.043	2.164	2.316	2.390	2.557	2.837
davon Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand	561	515	609	570	248	587	279	316
davon Zuweisungen und Zuschüsse	10.668	10.729	7.651	7.484	7.817	7.824	7.854	2.616
<i>darunter Budget optimierter Regiebetrieb</i>					231	240	317	259
SALDO	-4.378	-4.671	-4.731	-5.033	-5.218	-5.503	-5.588	-4.681
davon Finanzierung aus allg. Deckungsmitteln	4.252	4.538	4.598	4.891	5.077	5.358	5.417	4.512
davon Finanzierung aus AKP üWK	126	133	133	142	141	145	171	169
Anteil der Ausgaben am VWH in %	21%	19%	14%	14%	14%	14%	13%	7%
Anteil der Ausgaben in Euro/ Einwohner	298	300	233	232	236	247	245	133



→ der städtische Zuschussbedarf für das Theater belief sich bis 2008 auf jährlich 3.221 TEuro, in 2009 werden 2.212 TEuro im Haushalt ausgewiesen (Landesmittel flossen in 2002 und 2003 in Höhe von 7.311 TEuro, ab 2004 bis 2008 in Höhe von 4.190 TEuro über den Haushalt – hieraus erklären sich die großen „Sprünge“ in den Einnahmen und Ausgaben von 2003 zu 2004 sowie von 2008 zu 2009)

⁴ **Aufgaben:** Verwaltung kultureller Angelegenheiten, Museen, Sammlungen, Ausstellungen, Theater, Konzerte, Musikpflege, Sonstige Kunstpflege, Volksbildung, Naturschutz, Denkmalschutz und -pflege, Kirche
darunter Aufgaben üWK: Untere Naturschutzbehörde, Pflegepflicht besonders geschützte Biotop, Untere Denkmalschutzbehörde



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

- lässt man die Theaterfinanzierung bei der Betrachtung des Zuschussbedarfes außen vor, ergibt sich ein Anstieg des Zuschussbedarfes von rd. 1,2 Mio. Euro in 2002 auf jetzt rd. 2,5 Mio. Euro in 2009; insbesondere sind seit dem Jahr 2005 die Personalausgaben im Einzelplan 3 deutlich angestiegen
- negativ auf die Finanzierung des Einzelplanes 3 haben sich des Weiteren ausgewirkt:
 1. Wegfall der Kulturzuweisung **in 2005** (2002 480 TEuro/ 2003 326 TEuro/ 2004 299 TEuro!)
 2. Wegfall der separaten Landeszuweisung Musikschule (in Schlüsselzuweisung eingegangen) **in 2008** (durchschnittlich rd. 140 TEuro jährlich)
- nachfolgend werden die Zuschussbedarfe der einzelnen kulturellen Einrichtungen (ohne Theater) der Stadt ausgewiesen (markiert sind jeweils der niedrigste sowie der höchste Zuschuss im dargestellten Zeitraum mit Angabe der prozentualen Veränderung)

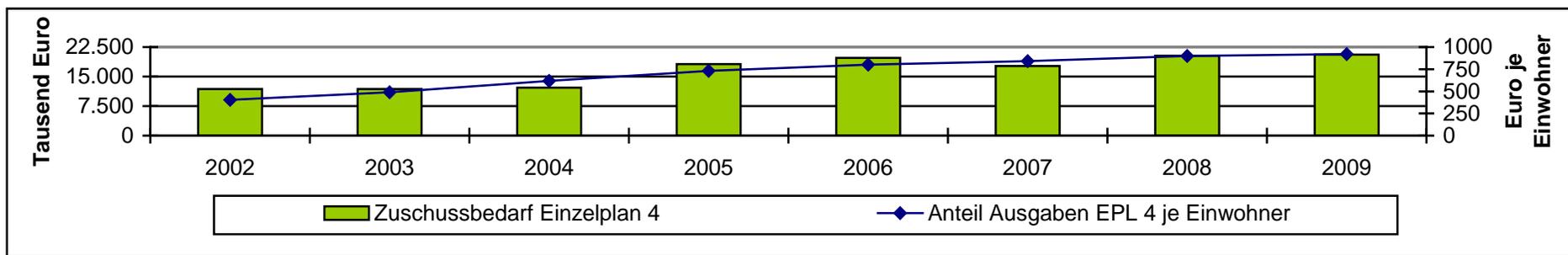
Zuschussbedarf	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	
Thüringer Museum	318	328	296	398	433	444	534	596	+ 101,4%
Alte Mälzerei	57	53	60	56	62	61	75	16	-78,7% neu: Stiftung
Automobil Ausstellung	26	71	96	92	103	118	47	48	+ 353,4%
Musikschule	243	250	213	262	235	279	449	480	+ 97,5% Wegfall LZW in 2008
Volkshochschule	84	107	129	164	171	204	197	254	+202,4%
Bibliothek	430	451	456	465	501	508	529	530	+23,3%
Summe	1.158	1.260	1.250	1.437	1.505	1.614	1.831	1.924	



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

◆ Einzelplan 4 - Soziale Sicherung⁵

insgesamt in TEuro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	6.114	9.817	15.149	14.125	15.792	19.683	18.915	19.347
davon aus Verwaltung und Betrieb	4.223	7.525	12.015	12.223	13.246	17.089	16.052	16.154
davon sonstige Finanzeinnahmen	1.891	2.292	3.134	1.902	2.546	2.594	2.863	3.193
Ausgaben	17.972	21.623	27.332	32.277	35.535	37.338	39.204	39.898
davon Personalausgaben	3.137	3.259	3.607	3.835	3.760	3.720	4.173	4.772
davon Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand	594	557	724	9.509	10.617	10.260	10.384	10.314
davon Zuweisungen und Zuschüsse	14.241	17.807	23.001	18.933	21.158	23.358	24.647	24.811
darunter Budget optimierter Regiebetrieb					110	83	129	109
SALDO	-11.858	-11.806	-12.183	-18.152	-19.743	-17.656	-20.289	-20.551
davon Finanzierung aus allg. Deckungsmitteln	11.450	11.374	11.750	13.257	16.324	13.357	16.367	16.324
davon Finanzierung aus allg. Zuweis. SGB II	0	0	0	4.563	3.105	4.130	3.589	3.900
davon Finanzierung aus AKP üWK	408	432	433	332	314	353	333	327
Anteil der Ausgaben am VWH in %	28%	31%	38%	44%	48%	48%	48%	49%
Anteil der Ausgaben in Euro/ Einwohner	404	489	617	732	809	854	899	921



- auf die folgenden Einzelbetrachtungen sowie Erläuterungen zu den Leistungen der sozialen Sicherung wird verwiesen
- der deutliche Anstieg des Zuschussbedarfes ab dem Jahr 2005 relativiert sich wieder etwas, setzt man die allgemeinen Zuweisungen im Rahmen der Grundsicherung nach dem SGB II von diesem ab (haushaltssystematisch sind diese Leistungen dem Abschnitt 90 – Allg. Finanzaufwendungen zuzuordnen, weshalb sie in den Einnahmen des Einzelplanes 4 nicht berücksichtigt sind)

⁵ **Aufgaben:** Verwaltung sozialer Angelegenheiten, Sozialhilfe nach dem SGB XII, Durchführung Asylbewerberleistungsgesetz, Soziale Einrichtungen, Jugendhilfe nach dem SGB VIII, Einrichtungen der Jugendhilfe, Förderung anderer Träger der Wohlfahrtspflege, UVG, Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, Thüringer Erziehungsgeldgesetz
darunter Aufgaben üWK: Flüchtlinge/Spätaussiedler (Verwaltungskosten), Jugendschutz, Asylbewerberleistungsgesetz (Verwaltungskosten), Ausführung Bundeselterngeldgesetz, Unterhaltssicherung Wehrpflichtiger, Wohngeld



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

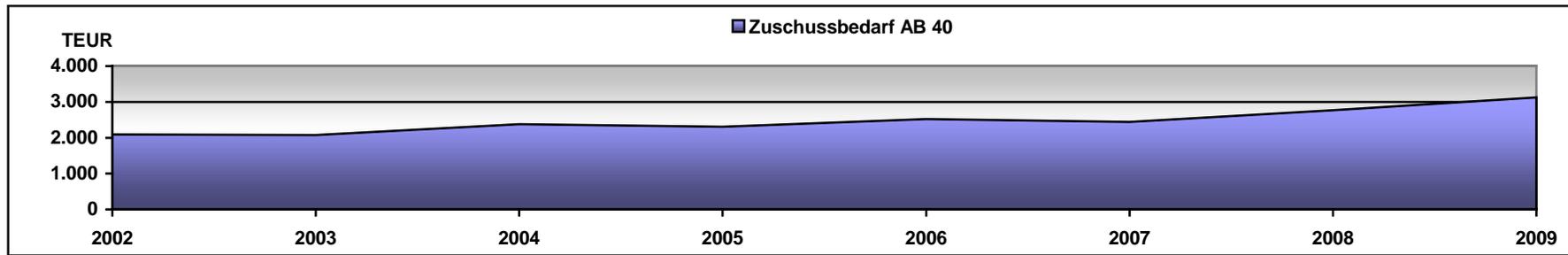
- unter Berücksichtigung der allgemeinen Zuweisungen nach dem SGB II bleibt dennoch festzustellen, dass der Zuschussbedarf für die sozialen Leistungen vom Jahr 2002 (11.858 TEuro) bis zum Jahr 2006 (16.638 TEuro) um rd. **4,8 Mio. Euro** bzw. **40,3 %** angestiegen ist
- seit dem Jahr 2006 (Ausnahme 2007) beläuft sich der Zuschussbedarf für den Einzelplan 4 auf relativ konstante 16,7 Mio. Euro
- Tendenziell ist auf Grund der demographischen Entwicklung sowie der Einkommensentwicklung im Bereich des Einzelplan 4 mit weiterem Ausgabenzuwachs zu rechnen.

Einzelbetrachtungen zum Einzelplan 4:

✓ Verwaltung der sozialen Angelegenheiten

Abschnitt 40*	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	106	104	78	341	319	407	594	756
Ausgaben	2.194	2.179	2.454	2.650	2.838	2.847	3.367	3.888
Saldo	-2.088	-2.075	-2.376	-2.309	-2.519	-2.440	-2.773	-3.132

* incl. Verwaltung der Grundsicherung nach dem SGB II (UA 48200)



Fakten zum Abschnitt 40 – Verwaltung der sozialen Angelegenheiten:

Beschäftigte (zum 30.06. des entsprechenden Jahres):

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Sozialamt	34,00	31,68	38,03	27,19	23,98	21,93	29,43	32,21
Jugendhilfe	18,75	21,38	22,65	20,38	21,34	21,46	25,46	31,98
ARGE	0	0	0	11,21	8,35	9,41	6,43	9,24
Σ Beschäftigte	52,75	53,06	60,68	58,78	53,67	52,8	61,32	73,43
Personalkosten in TEuro	2.112	2.103	2.374	2.554	2.537	2.545	2.856	3.327



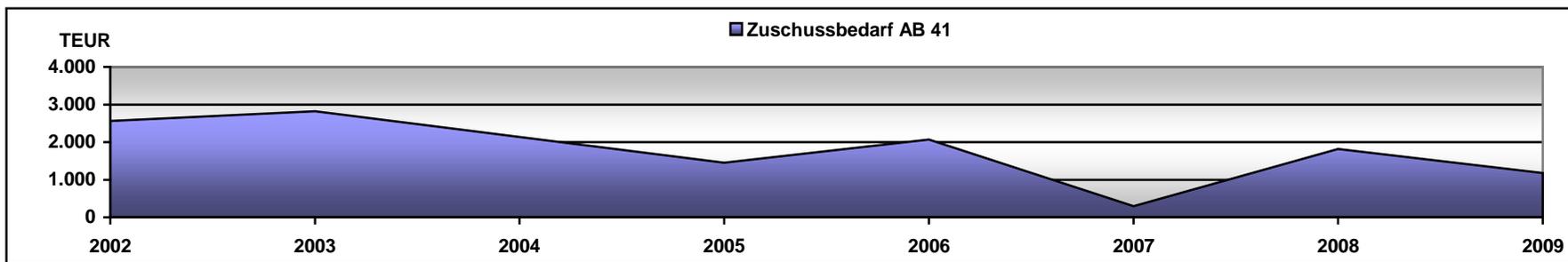
Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

Erläuterungen:

- ab dem **01.01.2005** neue Aufgabe „Grundsicherung nach dem SGB II“, womit auch Änderungen in der Verwaltung der sozialen Angelegenheiten einher gingen (Vgl. Beschäftigte Sozialamt/ ARGE ab 2005)
- die Personalkosten für das städtische Personal in der ARGE (Ø 2006 bis 2009 rd. 360 TEuro) werden durch diese wieder an die Stadt erstattet, im Rahmen der Finanzierung der ARGE zahlt die Stadt aber auch einen kommunalen Finanzierungsanteil an diese (Ø 2006 bis 2009 rd. 296 TEuro)
- seit dem **Jahr 2008** beinhaltet der Abschnitt 40 daneben auch die kommunalisierte Aufgabe „**Schwerbehindertenfeststellungsverfahren**“ sowie die **Personalaufwendungen für die im Rahmen der Kommunalisierung übergegangenen Mitarbeiter im sozialen Bereich**
- für die kommunalisierten Aufgaben erfolgt in 2008 und 2009 die vollständige Erstattung der angemessenen Kosten, wobei hier zeitliche Verzögerungen in der Erstattung eintreten bzw. -traten (im lfd. Jahr Abschlagszahlungen, vollständige Abrechnung und Erstattung erst nach Ablauf des Jahres) – im Haushalt 2008 ist damit zunächst eine zusätzliche Belastung zu verzeichnen

✓ Sozialhilfe nach dem SGB XII

Abschnitt 41	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	3.451	6.777	12.617	9.018	9.197	11.885	11.091	11.407
Ausgaben	6.010	9.595	14.757	10.469	11.262	12.179	12.910	12.584
Saldo	-2.559	-2.818	-2.140	-1.451	-2.065	-294	-1.819	-1.177



Gesetzliche Änderungen mit Auswirkung auf den Abschnitt 41:

♦ 01.01.2003 Einführung Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

in Mio. Euro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Zuschussbedarf	-	0,1	0,4	0,7	0,7	0,9	1,0	0,9

seit Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung hat sich der Zuschussbedarf für diese Aufgabe für die Stadt um das **10-fache** erhöht



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

♦ **01.07.2003 Kommunalisierung Eingliederungshilfe**

in Mio. Euro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Zuschussbedarf	-	3,4	6,4	6,7	7,6	7,9	8,0	7,6

auch bei dieser Aufgabe ist seit Einführung ein deutlicher Anstieg des Zuschussbedarfes zu verzeichnen; im Vergleich der Jahre 2004 und 2008 ergab sich ein Anstieg von 1,6 Mio. Euro absolut (25%)

♦ **01.01.2005 Einführung Grundsicherung nach dem SGB II**

in Mio. Euro	2002	2003	2004	zu →	2005	zu →	2006	zu →	2007	zu →	2008	zu →	2009
Entlastung HLU	-	-	-		2,2		0,2		-0,3		-0,3		0,3

kumuliert ergab sich seit Einführung der Grundsicherung nach dem SGB II eine **Entlastung bei der Hilfe zum Lebensunterhalt in Höhe von 2,1 Mio. Euro**

♦ **01.05.2008 Blindengeld und Blindenhilfe**

in Mio. Euro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Zuschussbedarf	-	-	-	-	-	-	0,2	0

aus der Systematik der Abrechnung des Landes ergab sich für den Haushalt 2008 ein Zuschussbedarf von 0,2 Mio. Euro, mit zeitlicher Verzögerung (jahresübergreifend) erfolgt seitens des Landes ein vollständiger Ausgleich der angemessenen Kosten (ab dem Jahr 2010 wird die Erstattung dieser Leistungen Teil der Auftragskostenpauschale)

Zum Ausgleich der Belastungen aus der Sozialhilfe nach dem SGB XII (alt BSHG) standen in den einzelnen Jahren Landesmittel wie folgt zur Verfügung (ohne Blindengeld und Blindenhilfe)

in Mio. Euro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
SH-Lastenausgleich	1,3	1,2	1,2	0,1	-	-	-	-
Zuweisung nach § 6 ThürAGSGB XII	-	3,2	7,7	6,9	7,0	9,6	8,6	8,5

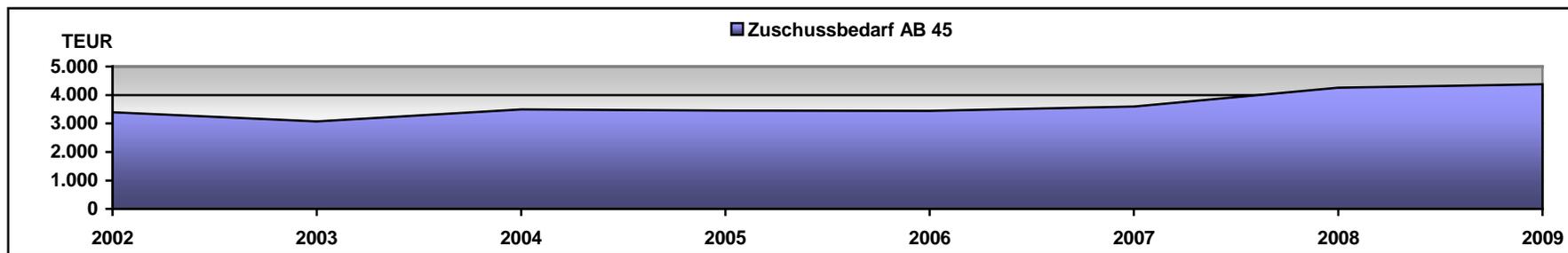
- der „alte“ Sozialhilfelastenausgleich wurde im Jahr 2004 letztmals gezahlt, zum 31.12.2004 trat das BSHG außer Kraft, zum 01.01.2005 das SGB XII in Kraft
- mit der Übertragung der Aufgabe der Eingliederungshilfe an die Stadt erfolgt die Zahlung der Landeszuweisung nach § 6 ThürAGSGB XII
- die Zuweisung nach § 6 ThürAGSGB XII ermittelt sich im Verhältnis der ungedeckten Kosten des einzelnen örtlichen Trägers zu den gesamten ungedekten Kosten aller örtlichen Träger in Thüringen für die in diesem Paragraphen genannten Aufgaben, multipliziert mit der auf Landesebene insgesamt zur Verfügung stehenden Zuweisungssumme (diese hat sich von 2004 mit rd. **265 Mio. Euro** bis zum Jahr 2008 auf rd. **306 Mio. Euro** erhöht, der Anteil der Stadt an dieser Zuweisung liegt im Mittel zwischen 2,6-2,7%; 2007 stellte einen „Ausreißer“ mit 3,27% dar – wirkte sich damit aber deutlich positiv auf die Finanzierung des Abschnittes 41 aus)



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

✓ Jugendhilfe nach dem SGB VIII

Abschnitt 45	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	551	724	435	407	347	367	362	420
Ausgaben	3.950	3.803	3.937	3.866	3.799	3.966	4.628	4.796
Saldo	-3.399	-3.079	-3.502	-3.459	-3.452	-3.599	-4.266	-4.376



Erläuterungen:

- bis einschließlich zum Jahr 2007 ist ein **relativ konstanter Zuschussbedarf** in der **Jugendhilfe nach dem SGB VIII** zu verzeichnen
- der Anstieg des Zuschussbedarfes ab dem Jahr 2007 konzentriert sich im Wesentlichen auf die **Hilfen zur Erziehung** sowie die Hilfe für junge Volljährige

♦ **UAB 455 Hilfen zur Erziehung**

in Mio. Euro	2007	2008	2009
Zuschussbedarf	2,2	2,9	2,7

0,5 Mio. Euro waren in diesem Bereich im Jahr 2008 überplanmäßig bereitzustellen, Deckungsmittel standen zumeist nicht zur Verfügung; Ursache waren einerseits Fallzahlenanstiege, aber auch Pflegegelderhöhungen zum 01.01. sowie 01.07.08 führten zu einem Mehrbedarf

♦ **UAB 456 Hilfe für junge Volljährige**

in Mio. Euro	2007	2008	2009
Zuschussbedarf	0,7	0,8	0,9

0,2 Mio. Euro waren in diesem Bereich im Jahr 2008 überplanmäßig bereitzustellen, Deckungsmittel standen zumeist nicht zur Verfügung; Ursache waren auch hier Fallzahlenanstiege

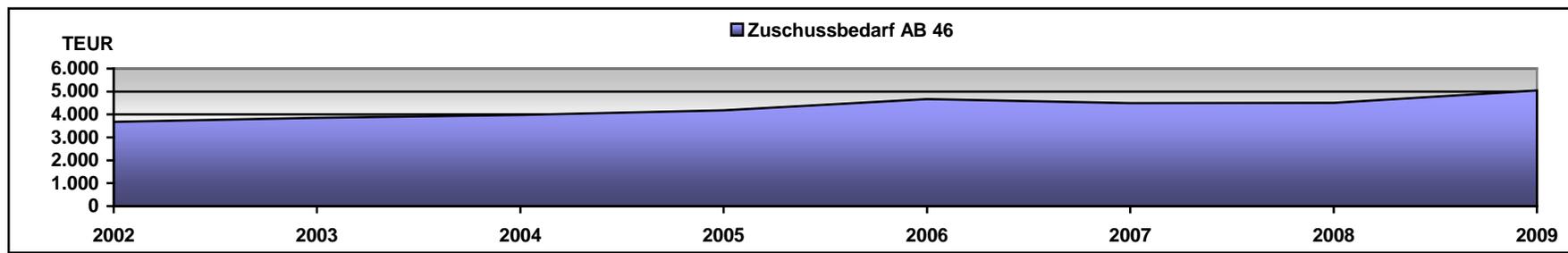


Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

✓ **Einrichtungen der Jugendhilfe**

Abschnitt 46*	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	695	724	807	791	1.384	2.194	2.283	2.246
Ausgaben	4.370	4.580	4.780	4.975	6.048	6.683	6.795	7.295
Saldo	-3.675	-3.856	-3.973	-4.184	-4.664	-4.489	-4.512	-5.049

* incl. Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft (UA 47100)



Fakten zum Abschnitt 46 – Einrichtungen der Jugendhilfe:

Beschäftigte (zum 30.06. des entsprechenden Jahres):	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Jugendeinrichtungen	4,00	3,80	2,93	3,89	4,00	4,00	4,00	4,00
Kinderbürgermeisterin	1,00	0,95	0,98	0,96	1,00	1,00	1,00	1,00
Kitas	23,50	24,95	25,53	20,74	23,50	23,19	22,73	25,88
Σ Beschäftigte	28,50	29,70	29,44	25,59	28,50	28,19	27,73	30,88
Personalkosten in TEuro	1.025	1.157	1.233	1.281	1.215	1.166	1.317	1.445

Erläuterungen:

- die deutlichste Veränderung, welche zum Anstieg des Zuschussbedarfes seit 2002 geführt hat, ist im Unterabschnitt 47100 – Förderung anderer Träger von Kitas zu finden, der **Zuschussbedarf für die städtischen Kitas** bewegte sich im gesamten Zeitraum bei durchschnittlich **0,5 Mio. Euro**

♦ **UAB 47100 Förderung anderer Kita-Träger**

in Mio. Euro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Zuschussbedarf	2,7	2,8	2,8	3,0	3,5	3,4	3,3	3,7



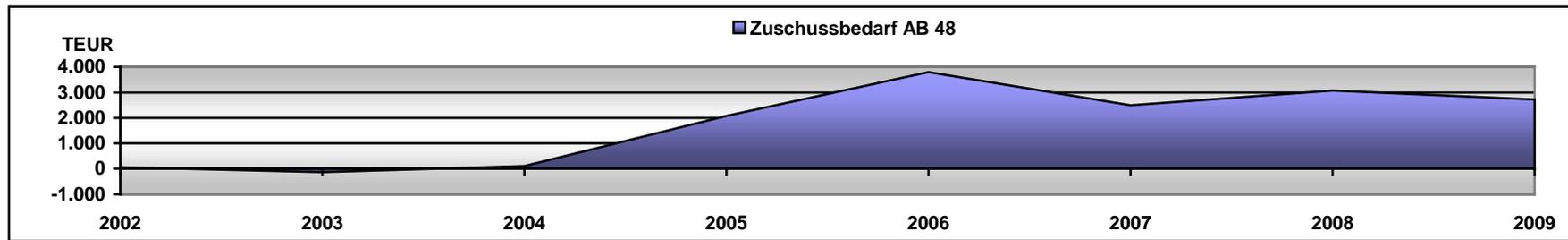
Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

- durchschnittlich wurden in den Jahren 2002 bis 2005 2,8 Mio. Euro an die freien Kita-Träger gezahlt
- der Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2009 liegt mittlerweile bei **3,5 Mio. Euro**, als Ursachen hierfür sind u.a. zu nennen:
 - zum **01.01.2006** erfolgte die Neuregelung der Kita-Finanzierung (nicht mehr gruppenbezogene Finanzierung, sondern kindbezogene Finanzierung) Stichwort „Familienoffensive“
 - ab **01.01.2007** Erhöhung der Sachkostenzuschüsse von 25,00 Euro auf 30,00 Euro pro bestätigtem Kita-Platz im Rahmen der Neuregelung der Kita-Finanzierung

✓ **Weitere soziale Bereiche**

Abschnitt 48*	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	496	724	527	7.452	6.941	8.280	7.572	7.917
Ausgaben	560	590	631	9.529	10.742	10.777	10.641	10.638
Saldo	-64	134	-104	-2.077	-3.801	-2.497	-3.069	-2.721

* enthält allg. Zuweisungen nach dem SGB II (UA 90100)



Gesetzliche Änderungen mit Auswirkung auf den Abschnitt 48:

♦ **01.01.2005** Einführung Grundsicherung nach dem SGB II

in Mio. Euro	2002	2003	2004	zu →	2005	zu →	2006	zu →	2007	zu →	2008	zu →	2009
Entlastung HLU	-	-	-		2,2		0,2		-0,3		-0,3		0,3
Belastung Grundsicherung	-	-	-		1,8		2,0		-1,5		0,6		-0,1

kumuliert ergab sich seit Einführung der Grundsicherung nach dem SGB II eine **Entlastung bei der Hilfe zum Lebensunterhalt in Höhe von 2,1 Mio. Euro** sowie eine **Belastung bei der Grundsicherung nach dem SGB II in Höhe von 2,8 Mio. Euro**

♦ **01.07.2006** Einführung Thüringer Erziehungsgeldgesetz

in Mio. Euro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Zuschussbedarf	-	-	-	-	-0,06	0,04	0,07	0

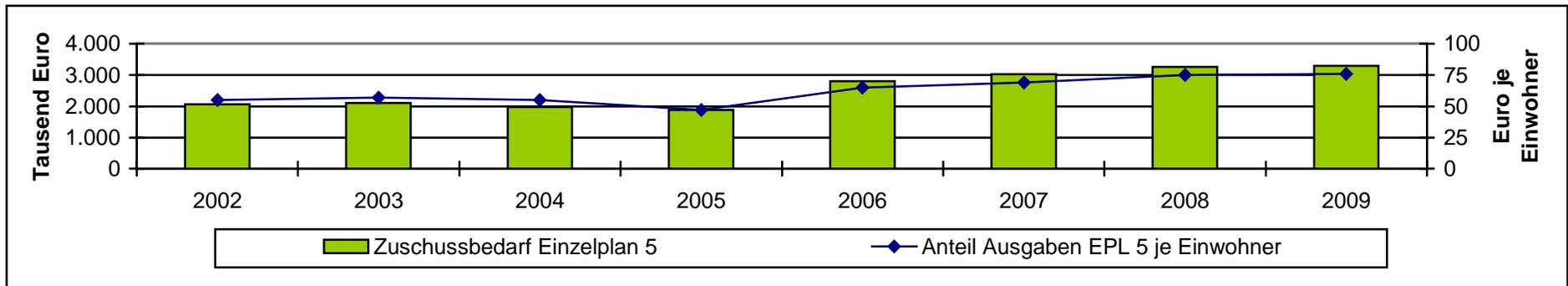
grundsätzlich ist diese Leistung „kostendeckend“ im Haushalt veranschlagt, da lediglich die Landesmittel an die Empfänger weitergereicht werden (Differenz resultiert aus der Abrechnung ggü. dem Land)



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

◆ Einzelplan 5 - Gesundheit, Sport, Erholung⁶

insgesamt in TEuro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	394	426	471	168	58	4	7	8
davon aus Verwaltung und Betrieb	394	426	471	168	58	4	7	8
davon sonstige Finanzeinnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausgaben	2.458	2.537	2.451	2.053	2.862	3.034	3.265	3.302
davon Personalausgaben	807	798	704	607	205	205	218	0
davon Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand	623	696	776	475	38	39	11	10
davon Zuweisungen und Zuschüsse	1.028	1.043	971	971	2.619	2.789	3.036	3.292
<i>darunter Budget optimierter Regiebetrieb</i>					1.548	1.764	2.000	2.001
SALDO	-2.064	-2.111	-1.980	-1.885	-2.804	-3.030	-3.258	-3.294
davon Finanzierung aus allg. Deckungsmitteln	1.511	1.521	1.389	1.041	1.962	2.170	2.249	2.275
davon Finanzierung aus AKP üWK	553	590	591	844	842	860	1.009	1.019
Anteil der Ausgaben am VWH in %	4%	4%	3%	3%	4%	4%	4%	4%
Anteil der Ausgaben in Euro/ Einwohner	55	57	55	47	64	68	75	76



- bis zum Jahr 2005 war eine relativ konstante Zuschussentwicklung zu verzeichnen
- die Veränderungen auf der Ausgabeseite von 2005 zu 2006 resultieren hauptsächlich aus der Neuordnung des Budgets für die Park- und öffentlichen Grünanlagen zum UA 58010 (vorher im UA 80000 nachgewiesen)
- gleichzeitig wirkte sich hier aber auch die Ausgliederung von weiteren Verwaltungsbereichen in den damaligen Eigenbetrieb Stadtwerke, jetzt Regiebetrieb, aus

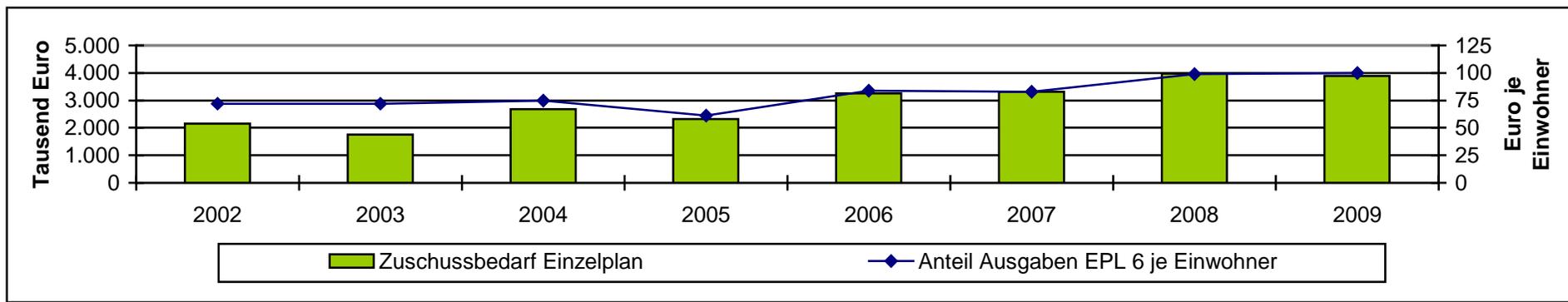
⁶ **Aufgaben:** Gesundheitsverwaltung, Krankenhäuser, Förderung des Sports, eigene Sportstätten, Badeanstalten, Park- und Gartenanlagen
darunter Aufgaben üWK: Gesundheitswesen, Umwelthygiene, Trinkwasserüberwachung, Seuchenhygiene, Infektionsschutz, amtsärztliches Gutachterwesen, schulärztlicher/ schulzahnärztlicher Dienst, Gesundheitsförderung, Sozialpsychiatrischer Dienst, Heilpraktikerwesen



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

◆ Einzelplan 6 - Bau- und Wohnungswesen, Verkehr⁷

insgesamt in TEuro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	1.055	1.413	659	377	447	308	315	545
davon aus Verwaltung und Betrieb	982	1.412	653	367	442	296	310	537
davon sonstige Finanzeinnahmen	73	1	6	10	5	12	5	8
Ausgaben	3.204	3.168	3.332	2.695	3.707	3.625	4.298	4.433
davon Personalausgaben	2.058	2.057	2.101	1.678	1.562	1.843	1.559	1.571
davon Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand	1.146	1.111	1.231	1.017	1.030	828	212	355
davon Zuweisungen und Zuschüsse <i>darunter Budget optimierter Regiebetrieb</i>	0	0	0	0	1.115	954	2.527	2.507
					1.115	954	2.527	2.507
SALDO	-2.149	-1.755	-2.673	-2.318	-3.260	-3.317	-3.983	-3.888
davon Finanzierung aus allg. Deckungsmitteln	2.052	1.651	2.569	2.177	3.119	3.240	3.896	3.801
davon Finanzierung aus AKP üWK	97	104	104	141	141	77	87	87
Anteil der Ausgaben am VWH in %	5%	5%	5%	4%	5%	5%	5%	5%
Anteil der Ausgaben in Euro/ Einwohner	72	72	75	61	84	83	99	100



- in der Finanzierung dieses Einzelplanes schlägt sich zum einen die Ausgliederung von Verwaltungsbereichen in den damaligen Eigenbetrieb Stadtwerke zum 01.01.06 sowie die weitere Ausgliederung des Tiefbauamtes zum 01.01.2008 in den optimierten Regiebetrieb nieder
- zum 01.01.06 daneben Neuordnung des Budgets für die Straßenreinigung (UA 67500) sowie für die Parkeinrichtungen (UA 68000); beide waren bisher im UA 80000 nachgewiesen

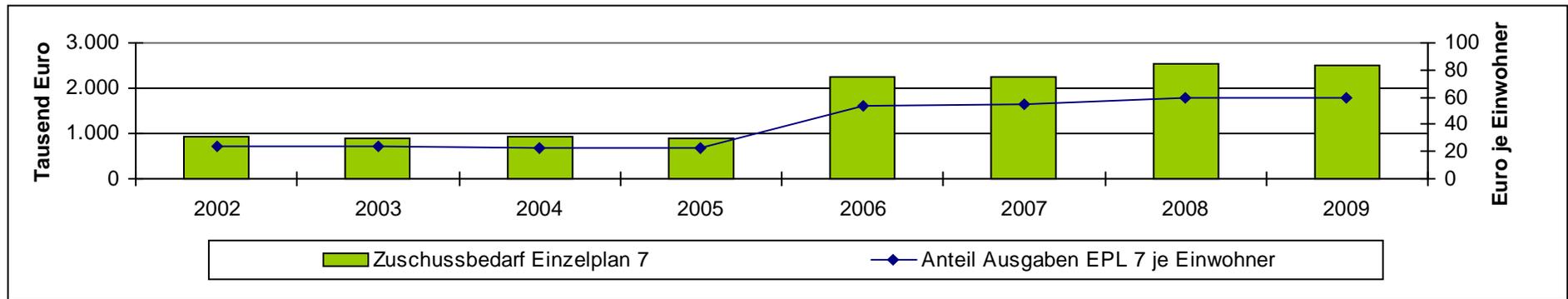
⁷ **Aufgaben:** Bauverwaltung, Stadtplanung, Städtebau, Bauordnung, Straßen, Wege, Brücken, Straßenbeleuchtung, Straßenreinigung, Parkeinrichtungen, Wasserläufe und Wasserbau
darunter Aufgaben üWK: Untere Bauaufsichtsbehörde, Wohnungswesen



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

◆ Einzelplan 7 - Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung⁸

insgesamt in TEuro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	125	142	115	114	121	133	81	97
davon aus Verwaltung und Betrieb	125	142	115	114	121	133	81	97
davon sonstige Finanzeinnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausgaben	1.058	1.040	1.037	992	2.362	2.387	2.612	2.590
davon Personalausgaben	70	72	77	77	80	140	147	152
davon Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand	303	313	304	309	77	35	22	42
davon Zuweisungen und Zuschüsse <i>darunter Budget optimierter Regiebetrieb</i>	685	655	656	606	2.205 1.628	2.212 1.624	2.443 1.894	2.396 1.834
SALDO	-933	-898	-922	-878	-2.241	-2.254	-2.531	-2.493
davon Finanzierung aus allg. Deckungsmitteln	933	898	922	878	2.241	2.254	2.531	2.493
Anteil der Ausgaben am VWH in %	2%	1%	1%	1%	3%	3%	3%	3%
Anteil der Ausgaben in Euro/ Einwohner	24	24	23	23	54	55	60	60



- bis zum Jahr 2005 war eine relativ konstante Zuschussentwicklung zu verzeichnen
- die Veränderungen auf der Ausgabeseite von 2005 zu 2006 resultieren hauptsächlich aus der Neuordnung des Budgets für den Bauhof zum UA 77100 (vorher im UA 80000 nachgewiesen)
- gleichzeitig wirkte sich hier aber auch die Ausgliederung von weiteren Verwaltungsbereichen in die damaligen Stadtwerke, jetzt Regiebetrieb, aus

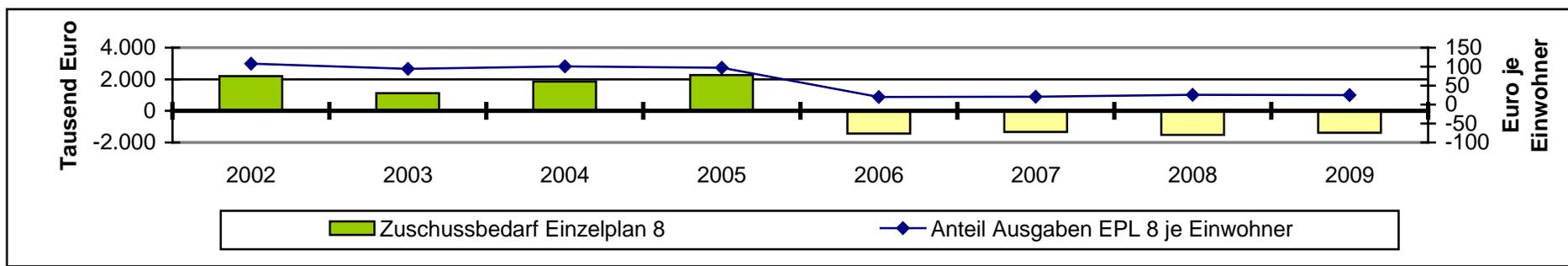
⁸ **Aufgaben:** Abfallwirtschaft, Märkte, Bestattungswesen, sonstige öffentliche Einrichtungen, Bauhof, Feld- und Wirtschaftswege, Fremdenverkehr, sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

◆ Einzelplan 8 - Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen⁹

insgesamt in TEuro	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Einnahmen	2.609	3.029	2.633	2.011	2.322	2.253	2.671	2.441
davon aus Verwaltung und Betrieb	778	702	758	524	677	586	873	641
davon sonstige Finanzeinnahmen	1.831	2.327	1.875	1.487	1.645	1.668	1.798	1.800
Ausgaben	4.816	4.151	4.489	4.286	895	919	1.148	1.063
davon Personalausgaben	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand	281	215	233	272	217	201	378	254
davon Zuweisungen und Zuschüsse <i>darunter Budget optimierter Regiebetrieb</i>	4.535	3.936	4.256	4.014	678	718	770	809
					283	322	249	316
SALDO	-2.207	-1.122	-1.856	-2.275	+1.427	+1.334	+1.523	+1.378
davon Finanzierung aus allg. Deckungsmitteln	2.207	1.122	1.856	2.275	-1.427	-1.334	-1.523	-1.378
Anteil der Ausgaben am VWH in %	8%	6%	6%	6%	1%	1%	1%	1%
Anteil der Ausgaben in Euro/ Einwohner	108	94	101	97	20	21	25	25



- zum 01.01.2006 Ausgliederung von Aufgabenbereichen der Verwaltung in den damaligen Eigenbetrieb Stadtwerke (jetzt Regiebetrieb), daraufhin deutliche Veränderungen in der Finanzierung (Budget)
- die bisher budgetfinanzierten Bereiche (Park- und öffentl. Grünanlagen, Parkraumbewirtschaftung, Bauhof) wurden den konkreten Aufgabenbereichen zugeordnet und nicht mehr zusammengefasst im Einzelplan 8 dargestellt; im Zuge dessen weist der Einzelplan 8 seit dem Jahr 2006 einen Überschuss aus, welcher letztendlich der Gesamtdeckung des Verwaltungshaushaltes dient.
- als Einnahmen stehen im Einzelplan 8 insbesondere die Einnahmen aus Beteiligungen und Konzessionen zur Verfügung

⁹ **Aufgaben:** Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

◆ Resümee zur Entwicklung der Finanzen

Deutlich wird, dass die Veränderungen auf der Einnahmeseite im Wesentlichen bei der Gewerbesteuer, den Schlüsselzuweisungen sowie dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu finden sind. Allen 3 Einnahmearten ist gemeinsam, dass die Einflussmöglichkeiten der Stadt eher gering sind. Daneben wirkt sich aufgrund der Systemumstellung zur Grundsicherung eine zunehmende Belastung der Kommune aus, die durch sinkende Bundesbeteiligungen noch verstärkt wird.

Die Ausgabeseite wird durch wachsende Belastungen insbesondere im Bereich des Einzelplan 4 auf Grund der demographischen Entwicklung sowie der Einkommensentwicklung gekennzeichnet. Der Zuschussbedarf für die sozialen Leistungen ist vom Jahr 2002 bis zum Jahr 2006 um rd. 4,8 Mio. Euro bzw. 40,3 % angestiegen.

Insbesondere durch die Tarifsteigerungen sind auch die Personalausgaben trotz getroffener Maßnahmen weiter ansteigend.

Das Delta lässt sich anhand des strukturellen Defizits in der Finanzplanung auch für die Folgejahre ablesen.

1.3 Entwicklung der Sollfehlbeträge der Jahresrechnungen 2006-2008 mit Hochrechnung 2009, 2010

Ein Sollfehlbetrag entsteht, wenn in der Haushaltsrechnung die Sollausgaben die Solleinnahmen jeweils unter Berücksichtigung der Haushaltsreste übersteigen. Ein Fehlbetrag ist wie im § 23 ThürGemHV gefordert, spätestens im zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr zu veranschlagen.

Der Fehlbetrag aus dem Jahr 2006 konnte fristgemäß in 2008 ausgeglichen werden.

Mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde zum Haushalt 2009 wurde der durch den Stadtrat beschlossenen Kreditaufnahme von 3,5 Mio. Euro nur in verminderter Höhe zugestimmt. Damit fehlten Deckungsmittel für den Vermögenshaushalt. Der Ausgleich des Vermögenshaushaltsplanes 2009 wurde durch eine Reduzierung der Veranschlagung des Sollfehlbetrages 2007 erreicht, die durch die Aufsichtsbehörde genehmigt wurde. Mithin enthält der Haushaltsplan 2009 nur 1.547 TEuro an Fehlbetragsdeckung, der Restbetrag von 1.450 TEuro ist durch Veranschlagung im Haushaltsjahr 2010 auszugleichen.

Nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Sollfehlbeträge aus den Jahresrechnungen sowie die voraussichtliche Entwicklung in den Jahren 2009 und 2010.



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

insgesamt in TEuro	2006	2007	2008	2009	2009	2010
	Jahresrechnung	Jahresrechnung	Jahresrechnung	NTHH	vorläufige Jahresrechnung	Entwurf Haushalt
Verwaltungshaushalt*						
Einnahmen	72.388	76.526	81.793	82.515	76.925	75.176
Ausgaben	74.740	77.422	81.917	82.515	77.991	82.858
darunter (erwirtschaftete) Pflichtzuführung	0	0	0	2.048	0	2.225
Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 2.352	- 896	- 124	0	- 1.066	- 7.682
Vermögenshaushalt*						
Einnahmen	13.118	7.472	13.625	24.513	10.205 (!)	11.062
darunter Pflichtzuführung	0	0	0	2.048	0	2.225
Ausgaben	13.533	9.572	16.993	24.513	10.925 (!)	13.150
Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 415	- 2.100	- 3.368	0	- 720 (!)	- 2.088
Einheitlicher Sollfehlbetrag	- 2.767	- 2.996	- 3.492	0	- 1.786 (!)	- 9.770

* Rechnungsergebnisse ohne Abschlussbuchungen

(!) Sollergebnis ohne neue Haushaltsreste

Wie der vorstehenden Übersicht zu entnehmen ist, weist der Verwaltungshaushalt seit 2006 ein Defizit aus. Dieses wurde jeweils im Rahmen der Abschlussbuchungen durch eine Zuführung vom Vermögenshaushalt ausgeglichen. Fehlten damit bereits Mittel, um allein die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen zu decken, war es auch in keinem dieser Jahre möglich, die gesetzlich geforderte Pflichtzuführung (in Höhe der ordentlichen Tilgung; § 22 Abs. 1 S. 2 ThürGemHV) im Verwaltungshaushalt zu erwirtschaften. Neben den ausgewiesenen „Fehlbeträgen“ im Verwaltungshaushalt wären in den Jahren 2006 bis 2009 durchschnittlich weitere rd. 1,8 Mio. Euro an Pflichtzuführung aufzubringen gewesen.

Unter fiktiver Berücksichtigung der Pflichtzuführung ergibt sich in den Teilhaushalten das folgende Ergebnis. Auch hier wird deutlich, dass der Fehlbetrag im dargestellten Zeitraum hauptursächlich im Verwaltungshaushalt entstanden ist.

insgesamt in TEuro	2006	2007	2008	2009	2009	2010
	Jahresrechnung	Jahresrechnung	Jahresrechnung	NTHH	vorläufige Jahresrechnung	Entwurf Haushalt
Pflichtzuführung § 22 I S. 2 ThürGemHV	1.619	1.761	1.903	2.048	1.958	2.225
Ergebnis VWH (incl. Pflichtzuführung)	- 3.971	- 2.657	- 2.027	0	- 3.024	- 7.682
Ergebnis VMH (incl. Pflichtzuführung)	+ 1.204	+ 339	- 1.465	0	+ 1.238	- 2.088
Einheitlicher Sollfehlbetrag	- 2.767	- 2.996	- 3.492	0	- 1.786	- 9.770



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

Entwicklung Verwaltungshaushalt 2006 bis 2009 ohne Abschlussbuchungen (in TEuro)

Ursachen dieser Entwicklungen sind in den folgenden Einnahme- und Ausgabearten zu finden. Die Daten beziehen sich jeweils auf den Vergleich zum Vorjahr; ausgehend vom Jahr 2005 (letztmals Ausgleich des Haushaltes unter Berücksichtigung der Pflichtzuführung).

Ursachen Einnahmen	2006	2007	2008	2009	Σ der Veränderungen 2006 bis 2009
Gewerbsteuer	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> - 2,9 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> -1,0 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> - 3,8 Mio. Euro	- 7,7 Mio. Euro
Schlüsselzuweisung	<input checked="" type="checkbox"/> - 1,3 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> +2,6 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> + 3,2 Mio. Euro	+ 4,5 Mio. Euro
Auftragskostenpauschale	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> +1,5 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	+ 1,5 Mio. Euro
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> + 1,0 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> +2,0 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> - 0,7 Mio. Euro	+ 2,3 Mio. Euro
allgemeine Zuweisungen (SGB II)	<input checked="" type="checkbox"/> - 1,5 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> + 1,0 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	- 0,5 Mio. Euro
spezielle Zuweisungen (Kitas '07/ Einglied.hilfe '07+ '08/ Theater '09)	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> + 4,0 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> -1,0 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> - 4,2 Mio. Euro	- 1,2 Mio. Euro
Ersatz sozialer Leistungen	<input checked="" type="checkbox"/> + 0,6 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	+ 0,6 Mio. Euro

Die auf der Einnahmeseite deutlichsten Veränderungen sind bei der Gewerbsteuer, der Schlüsselzuweisung sowie dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu finden.

Ursachen Ausgaben	2006	2007	2008	2009	Σ der Veränderungen 2006 bis 2009
Personalausgaben	<input checked="" type="checkbox"/> - 1,0 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> + 0,6 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> + 1,2 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> + 1,2 Mio. Euro	+ 2,0 Mio. Euro
Bauunterhaltung	<input checked="" type="checkbox"/> - 0,4 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	- 0,4 Mio. Euro
Mieten und Pachten	<input checked="" type="checkbox"/> - 0,8 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> + 0,6 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> - 0,6 Mio. Euro	- 0,8 Mio. Euro
Bewirtschaftung	<input checked="" type="checkbox"/> - 2,5 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	- 2,5 Mio. Euro
Kosten der Unterkunft (KdU)	<input checked="" type="checkbox"/> + 0,9 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	+ 0,9 Mio. Euro
Budget optimierter Regiebetrieb	<input checked="" type="checkbox"/> + 4,6 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> + 2,1 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> + 0,5 Mio. Euro	+ 7,2 Mio. Euro
Theaterfinanzierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> - 4,2 Mio. Euro	- 4,2 Mio. Euro
Kitafinanzierung + Erziehungsgeld	<input checked="" type="checkbox"/> + 1,4 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> + 1,1 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	+ 2,5 Mio. Euro
Sozialhilfe in Einrichtungen	<input checked="" type="checkbox"/> + 0,9 Mio. Euro	<input checked="" type="checkbox"/> + 0,6 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	+ 1,5 Mio. Euro
Jugendhilfe in Einrichtungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> + 0,5 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	+ 0,5 Mio. Euro
Gewerbsteuerumlage	<input checked="" type="checkbox"/> - 0,7 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	- 0,7 Mio. Euro
Zuführung an den Vermögenshaushalt	<input checked="" type="checkbox"/> - 1,9 Mio. Euro	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	- 1,9 Mio. Euro

Ausgabeseitig sind die deutlichsten Veränderungen bei den Bewirtschaftungskosten, dem Budget an den optimierten Regiebetrieb, der Kitafinanzierung/ dem Erziehungsgeld sowie bezogen auf die Entwicklung in den vergangenen 2 Jahren insbesondere auch bei den Personalaufwendungen zu finden.



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

1.4 Entwicklung der dauernden Leistungsfähigkeit

Die Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit (Anlage 9 zu § 4 Nr.4 ThürGemHV) dient grundsätzlich als Maßstab für die rechnerische Stabilität bzw. Destabilität kommunaler Haushalte.

Sie konkretisiert als auf die Haushalts- und Finanzplanung bezogener Gradmesser der dauernden Leistungsfähigkeit

- ob und in welcher Höhe Mittel des Verwaltungshaushaltes zur freien Finanzierung investiver Ausgaben zur Verfügung stehen oder
- dass der Haushalt defizitär ist und/oder finanzplanerisch mit einer defizitären Entwicklung des Verwaltungshaushaltes gerechnet werden muss.

Letztlich soll durch die Gegenüberstellung der zu bereinigenden Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes der Teil des Zuführungsbetrages an den Vermögenshaushalt sichtbar werden, der im allgemeinen Sprachgebrauch als „freie Spitze“ bezeichnet wird und einen Stabilitätsindikator darstellt.

Die folgende Darstellung zur Entwicklung der dauernden Leistungsfähigkeit beruht auf den Jahresrechnungsergebnissen der Vorjahre und der Hochrechnung für das laufende Haushaltsjahr und die Folgejahre. Sie wurde aus der als Anlage 4 beiliegenden Finanzplanung aufgebaut.

Die Finanzplanung ermöglicht die Vorausschau auf die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Stadt. Sie stellt die finanzpolitische Richtschnur für die nächsten Jahre dar und muss jährlich neu angepasst werden.

Haushaltsjahre	Jahresrechnung			vorläufige Jahresrechnung	Entwurf Haushalt	Hochrechnung		
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
- Angaben in TEuro -								
I Gesamteinnahmen VWH	74.740	77.422	81.917	76.925	75.176	74.886	75.400	75.719
II Laufende Einnahmen	72.397	76.539	81.209	76.856	75.190	74.900	75.414	75.733
III Gesamtausgaben VWH	74.740	77.422	81.917	77.991	82.858	83.373	83.296	83.294
IV Laufende Ausgaben	76.999	79.784	83.820	79.949	82.858	83.373	83.296	83.294
Fehlbetrag (-) oder Überschuss (+) der lfd. Rechnung (II ./ . IV)	- 4.602	- 3.245	- 2.611	- 3.093	- 7.668	- 8.473	- 7.882	- 7.561



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

1.5 Umsetzung von Maßnahmen aus dem HSK 2008

Zu den Maßnahmen des HSK 2008 wurde dem Stadtrat im Januar 2009 ein Sachstandsbericht vorgelegt. Zwischenzeitlich wurden die umsetzbaren Maßnahmen weitergeführt, Prüfungsaufträge behandelt und auch zum Teil vollzogen.

In der Anlage 5 werden Listen mit Erläuterungen zum Umsetzungsstand beigefügt, die neben den Maßnahmen des HSK 2008 auch die im Jahr 2009 ergriffenen weiteren Maßnahmen darstellen.

Nicht in jedem Fall ist aber in der Zwischenzeit ein abrechenbares Ergebnis vorzuweisen. Einige Maßnahmen sind daher weiter Bestandteil des fortgeschriebenen HSK.

Die Ergebnisse der Abrechnung der umgesetzten Maßnahmen sowie die geschätzten Entlastungseffekte der neuen Maßnahmen sind der tabellarischen Auflistung der Anlage 1 zu entnehmen.

1.6 Sanierungsstrategie, Zeitraum der Umsetzung

Aufgrund der bisherigen und der absehbaren finanziellen Entwicklung ist eine Weiterführung der Haushaltssicherung unumgänglich. Hierzu ist es notwendig, alle Aufgabenbereiche der Stadt Eisenach auf Konsolidierungspotentiale zu durchforsten und diese zu heben.

Die in der Folge aufgeführten Maßnahmen wurden nach intensiven Beratungen innerhalb der Verwaltung zu einem Maßnahmenkatalog zusammen getragen, dessen konsequente Umsetzung sich positiv auf die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt auswirken wird.

Sehr deutlich wird anhand des Maßnahmenkataloges jedoch, dass trotz umfassender Bemühungen das Konsolidierungspotential nicht ausreichen wird, um die aufgelaufenen und noch zu finanzierenden Fehlbeträge der Jahre 2007 und 2008 in einer Größenordnung von 4,94 Mio. Euro und die nach der Finanzplanung bis zum Jahre 2013 zu erwartenden jährlichen Fehlbeträge gänzlich kompensieren zu können. Ein höheres Konsolidierungspotential als das mit diesem Konzept dargestellte, könnte sich nur dann ergeben, wenn erhebliche strukturelle Veränderungen im Aufgabenbereich der Stadt, wie die Schließung öffentlicher Einrichtungen, vorgenommen würde. Aufgrund der bereits seit einigen Jahren betriebenen Haushaltssicherung werden allerdings derzeit nur noch Einrichtungen vorgehalten, die für das gesellschaftliche Leben in dieser Stadt wichtig sind. Es kann nicht im Interesse der Stadt und ihrer Bürger sein, sämtliche freiwilligen Leistungen und Einrichtungen vollumfänglich zur Disposition zu stellen, da für die Stadt Eisenach als Industrie- und Tourismusstandort die vorhandenen Einrichtungen im Bereich der Bildung und der Kultur von eminenter Bedeutung sind. Hier müssen maßvoll und geschickt Wege gefunden werden, um den freiwilligen Bereich im Wesentlichen erhalten zu können. Kahlschlag wäre hier das falsche Mittel, wenn die Stadt zukunftsfähig und lebenswert bleiben soll.



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

Um in den Folgejahren die dauernde Leistungsfähigkeit wieder erreichen zu können, sind daher weitergehende Maßnahmen notwendig, wie die seitens der Landesregierung propagierte Stärkung zentraler Orte oder eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft.

Die im Folgenden aufgeführten Maßnahmen zur Haushaltssicherung liegen im eigenen Wirkungsfeld der Stadt und sind auf dem Weg zur Gesundung der Stadtfinanzen vordringlich umzusetzen. Die Maßnahmen sind jährlich im Rahmen der Fortschreibung entsprechend nach zu justieren. Insbesondere aus den im Katalog enthaltenen Prüfaufträgen werden weitere Maßnahmen resultieren. Hierfür ist ein effektives Berichtswesen zu den Wirkungen der Maßnahmen erforderlich. Dieses wird verwaltungsintern organisiert.

Das Sicherungskonzept ist durch den Stadtrat zu beschließen, damit eine Selbstbindung des Stadtrates und der Verwaltung an die darin enthaltenen Maßnahmen entsteht. Um dem Ziel der Wiederherstellung einer geordneten Haushaltswirtschaft näher zu kommen, ist es notwendig, dass kein Haushaltsansatz tabuisiert wird und die Sollfehlbetragsdeckung als gemeinsames und einheitliches Ziel definiert wird. Die erwirtschafteten Mehreinnahmen oder Minderausgaben sind konsequent ausschließlich zur Verminderung des Sollfehlbetrags einzusetzen.

Der äußerst angespannten Finanzsituation der Stadt Eisenach muss durch das Haushaltssicherungskonzept entgegengewirkt werden, um auch in der Zukunft für die Bürger der Stadt ein funktionierendes Gemeinwesen zur Verfügung stellen zu können.



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

2. Haushaltssicherung 2009 bis 2013

2.1 Entwicklung Personalausgaben

Die Entwicklung der Ausgaben im Sammelnachweis 01 - Personalausgaben der Kernverwaltung und nachgeordneten Einrichtungen sowie der Personalausgaben des Eigen- bzw. Regiebetriebes ist im Zusammenhang mit der Stellenplanung zu betrachten.

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Personalausgaben - in Mio. Euro -	18,4	18,4	18,6	18,3	17,3	17,9	19,1	20,3
zuzüglich EB/RB	4,2	4,3	4,3	3,1	4,5	4,1	4,8	5,0
Σ	22,6	22,7	22,9	21,4	21,8	22,0	23,9	25,3
Stellen lt. Stellenplan	492,50	487,84	460,86	449,35	412,26	421,55	421,95	424,40
zuzüglich EB/RB	127,25	127,00	122,50	94,50	134,03	126,53	135,79	130,30
Σ	619,75	614,84	583,36	543,85	546,29	548,08	557,74	554,70
Anzahl der tats. besetzten Stellen zum 30.06.	472,87	456,30	439,82	422,54	376,97	383,35	397,29	394,31
zuzüglich EB/RB	123,75	117,35	115,00	85,68	126,18	112,23	116,55	116,03
Σ	596,62	573,65	554,82	508,22	503,15	495,58	513,84	510,34

Festzustellen ist, dass trotz einer Reduzierung der Stellenzahl von 2002 zu 2009 um rd. 65 Stellen, im gleichen Zeitraum ein Anstieg der Personalaufwendungen um rd. 2,7 Mio. Euro zu verzeichnen ist. Dieser ist im wesentlichen bedingt durch Tarifabschlüsse, Besoldungsanpassungen sowie Ost-West-Angleichungen.

Mit der Ausgliederung von Verwaltungsbereichen in den damaligen Eigenbetrieb Stadtwerke bzw. den jetzigen optimierten Regiebetrieb von 2005 zu 2006 (Gebäudewirtschaft und Sportstätten) sowie von 2007 zu 2008 (Tiefbau) gingen Reduzierungen der Personalaufwendungen im Kernhaushalt einher (→ von 2005 zu 2006 i.H.v. 1,3 Mio. Euro, von 2007 zu 2008 i.H.v. 0,5 Mio. Euro), gleichzeitig stieg jedoch das Budget an den optimierten Regiebetrieb an.

Mit den begonnenen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst werden den Kommunen voraussichtlich weitere finanzielle Belastungen auch für das kommende Haushaltsjahr auferlegt.

Der prozentuale Anteil der Personalkosten an den Ausgaben im Verwaltungshaushalt in den letzten Jahren hat sich wie folgt entwickelt:

Rechnungsergebnis	- in Mio. Euro -	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Personalkosten Gruppierung 4 gesamt (Kernhaushalt)		18,4	18,4	18,6	18,3	17,3	17,9	19,1	20,3
Verwaltungshaushalt insgesamt		64,0	70,1	72,5	73,9	74,7	77,4	81,9	82,5
Anteil am Verwaltungshaushalt in %		28,8	26,3	25,6	24,8	23,1	23,1	23,3	24,6



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

Gegengesteuert wurde in der Vergangenheit bereits mit verschiedenen Maßnahmen: Durch den Oberbürgermeister wurde eine Stellenwiederbesetzungssperre erlassen, Nachbesetzung erfolgt nur wenn dies unbedingt erforderlich ist. Bei Langzeiterkrankung und Mutterschutz wird die befristete Besetzung im Einzelfall geprüft, grundsätzlich erfolgt eine Vertretungsbesetzung erst nach dem Mutterschutz mit Beginn der Elternzeit bzw. bei Langzeiterkrankungen nach 6 Wochen (nach Wegfall der Lohnfortzahlung).

Einsparungen werden im Bereich der Personalkosten gegenwärtig insbesondere durch folgende Maßnahmen verfolgt: Frei werdende Stellen werden nicht wieder besetzt, auslaufende befristete Arbeitsverträge werden nicht verlängert, es wird keine Krankheitsvertretungen mehr geben, eine maximal stundenweise Wiederbesetzung kann im Einzelfall erfolgen.

Mit dem in der Anlage 2 beigefügten Personaloptimierungskonzept werden die weiteren Möglichkeiten zu personalwirtschaftlichen Maßnahmen dargestellt. Dieses Konzept beinhaltet alle bis Ende 2015 frei werdenden Stellen. Deren Wiederbesetzung wird durch Personal- und Rechts- und Organisationsamt im Einzelfall geprüft. Diese Maßnahmen sollen einen sozial verträglichen Stellenabbau ermöglichen. Betriebsbedingte Kündigungen sind nicht vorgesehen.

Das Personaloptimierungskonzept nimmt auch Bezug auf interkommunale Vergleiche. Es wird deutlich, dass sich die Stadt Eisenach erneut unter dem Durchschnittswert der Personalstände der kreisfreien Städte der neuen Länder befindet.

Das Rechts- und Organisationsamt hat den Prüfauftrag zur Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Organisationsstruktur und Besetzung von Stellen, der insbesondere auch die Stellen im freiwilligen Bereich betrifft.

2.2 Sachkosten der Verwaltung

Auch die Sachkosten der Verwaltung sind weiter zu optimieren. Hierfür dient eine Reihe von Ansätzen, die aus den Reihen der Verwaltungsmitarbeiter selbst eruiert wurden, aber auch übergreifende Modernisierungen, die zu Einsparungen führen werden. Diese Maßnahmen liegen im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters und werden schrittweise in Angriff genommen. Beispielhaft sei hier die verstärkte Nutzung EDV-technischer Lösungen zu nennen, die im Ergebnis zu Einsparungen an Arbeitszeit und Papier führen. Dies ist der Fall im Rahmen der Nutzung des Gremieninformationsdienstes Session, das verwaltungsintern schon eingeführt wurde bis hin zur Einführung eines Dokumentenmanagementsystems, das neben einer effektiveren Vorgangsbearbeitung den Verbrauch an Papier deutlich einschränken soll.

Insbesondere sind auch die notwendigen Modernisierungen im Bereich der Telekommunikation zu erwähnen, in deren Folge massive Arbeitserleichterungen, Kostensenkungen im Bereich des notwendigen Serviceaufwandes und die Schaffung zukunftsfähiger Strukturen auch für den IT-Bereich ermöglicht werden. Hier ist es erforderlich, durch Wirtschaftlichkeitsberechnungen nachzuweisen, dass sich diese Investitionen „rechnen“.

Bezüglich der Senkung der Bewirtschaftungskosten städtischer Gebäude ist auf Punkt 2.6 zu verweisen.



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

2.3 Struktur der städtischen Beteiligungen

Mit dem Ziel der Optimierung der Beteiligungsstruktur wurde eine Analyse unter Einbeziehung externen Sachverständiges erstellt

Dabei sollte von der Prüfungsgesellschaft untersucht werden, ob Wirtschaftlichkeitspotentiale u.a. durch folgende Maßnahmen gehoben werden können:

- Optimierung von Aufgabenerfüllung der Stadt Eisenach und ihrer Beteiligungen,
- Bündelung von gleichartigen Aufgaben und
- Zusammenführen von Beteiligungen.

Ziel war es auch, die Zuweisungen und Zuschüsse an kommunale Beteiligungen zu reduzieren bzw. Möglichkeiten zu untersuchen, den städtischen Haushalt durch angemessene Ausschüttungen zu unterstützen.

In der Sitzung des Stadtrates am 23.01.2009 wurde das Gutachten zur Optimierung der Aufgabenerfüllung der städtischen Beteiligungen der Stadt Eisenach vorgestellt.

Im Ergebnis zeichneten sich einige Ansatzpunkte aus, deren Umsetzbarkeit im Folgenden untersucht wurde. Insbesondere die tiefgehende Betrachtung der zu erwartenden steuerlichen Auswirkungen ergab jedoch, dass nur ein Teil der Maßnahmen als tatsächlich sinnvoll einzuschätzen war. Umstrukturierungsmaßnahmen werden im Zuge dieser Prüfung in folgenden Gesellschaften weiter verfolgt:

- Gründer- und Innovationszentrum Stedtfeld GmbH / Städtische Wohnungsgesellschaft Eisenach mbH
- Stadtwirtschaft Eisenach GmbH

Daneben befasste sich das Gutachten auch mit der Struktur des städtischen Regiebetriebes und den dortigen Optimierungsmöglichkeiten. Durch eine hausinterne Arbeitsgruppe wurde das weitere Vorgehen beraten und bereits schrittweise umgesetzt. Hier seien beispielhaft die Einführung des Auftraggeber-/Auftragnehmer-Modells sowie die Einrichtung eines zentralen Fuhrparkmanagements genannt.

2.4 Freiwillige Leistungen

In der Anlage 3 werden alle freiwilligen Einrichtungen und Maßnahmen im Haushalt 2010 der Stadt sowie die Entwicklung der Zuschusszahlungen der Stadt für die Jahre 2006 bis 2010 aufgelistet.

Alle Bereiche sollen bei der Bestimmung von Einsparpotentialen auf den Prüfstand gestellt und durchforstet werden. Dabei ist jede Ausgabe zu bewerten und mit den Prioritäten bei anderen freiwilligen Leistungen abzuwägen. Eine Schiefelage im Haushalt zwischen freiwilligen sozialen Leistungen und den übrigen unverzichtbaren freiwilligen Leistungen muss vermieden werden.



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

Ein vollkommener Kahlschlag bei den freiwilligen Leistungen, insbesondere des Kulturbereiches, kann jedoch nicht Ziel der Haushaltssicherung sein. Gerade diesem Bereich obliegt die Erhaltung von Werten, die das Leben in der Stadt lohnenswert machen und von dem Begriff „weiche Standortfaktoren“ umschrieben werden. Hier sind Bestrebungen zu unterstützen, die sich mit dem Finden neuer Rechtsformen befassen, stärker als bisher auch die Bürgerschaft einbeziehen und damit zukunftsgerichtet ein Ablösen von städtischen Zuschusszahlungen ermöglichen.

2.5 Verwaltungsstruktur

Auch die Verwaltungsstruktur war und ist hinsichtlich der Möglichkeiten effektiverer Aufgabenerfüllung zu untersuchen. Insbesondere im Hinblick auf die Einführung neuer Steuerungsmodelle ergeben sich dabei weitreichende Ansätze:

- höhere Ressourcenverantwortung der Fachämter
- detaillierte Kritik der Aufgaben,
- Ziel: Produktplan unter Beachtung der Vorgaben des Thüringer Produktrahmenplans zu erstellen.

Daraus sind Maßnahmen zu strategischen und organisatorischen Veränderungen zu entwickeln.

Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Personalsoptimierungskonzept ergeben sich kurz- und mittelfristig Möglichkeiten, sozial verträglich auch bestehende Struktureinheiten zu verändern. Wie bereits zum Punkt 2.1 erwähnt wurde dem Rechts- und Organisationsamt ein Prüfauftrag zur Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Organisationsstruktur erteilt.

Im Verlauf der Umsetzung der Auflagen aus der Haushaltsgenehmigung sowie der Tätigkeit der Revision haben sich darüber hinaus an verschiedenen Stellen Ansatzpunkte für die Zusammenfassung gleichartiger Tätigkeiten verschiedener Verwaltungsbereiche ergeben. So haben sich Hinweise auf eine Straffung und damit effektivere Aufgabenerledigung ergeben durch:

- Zusammenfassung der Beschaffung von Bürobedarf für die Verwaltung und für die Schulen (jetzt 51.4 und 10),
- Zusammenfassung der EDV-Beschaffung und der EDV-Wartung für die Verwaltung und die Schulen (jetzt 51.4 und 10),
- Zuordnung der Beschaffung Reinigungsmaterial Schulen zu Amt 67 (jetzt 67 und 51.4),
- Zusammenfassung der Buchungstätigkeiten in den Ämtern der Stadtverwaltung durch Bildung einer zentralen bzw. teilzentralen Buchungsstelle,
- Zusammenfassung der Fuhrparkverwaltung im Regiebetrieb Amt 67 (jetzt 10 und 67),
- Ausbau der Kooperation mit dem Wartburgkreis im Rahmen der Tätigkeit der Straßenverkehrsverwaltung (Führerscheinwesen),
- Zuordnung der Abt. Hochbau (65.3) zur Gebäudebewirtschaftung (67),
- Zusammenfassung der Zuständigkeiten für die Erhebung Jagdpacht in Eigenjagd- und Gemeinschaftsjagdbezirken (jetzt 65.1 und 36).



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

Eine Optimierung des Verwaltungshandelns ist zu erwarten. Weiterhin ergeben sich daraus direkte Einspareffekte, z.B. durch gemeinsame Nutzung von Rabatten, aber auch indirekte, durch effektiveren Personaleinsatz. Entsprechende Organisationsuntersuchungen sind zu veranlassen.

2.6 Energiesparmaßnahmen

Im Rahmen des Konjunkturpaketes II legte sich die Stadt auf die umfassende energetische Sanierung der Wartburgschule als großes Projekt fest. Hieraus werden sich messbare Effekte ergeben.

Zur Erschließung weiterer Energieeinsparpotentiale im Schulbereich besteht das Vorhaben, an 11 Eisenacher Schulen ein mehrjähriges Projekt „Energiesparen macht Schule“ zu starten. Ziel ist es, durch die Änderung des Nutzerverhaltens den Energie- und Wasserverbrauch im Vergleich zu Vorjahren deutlich und nachhaltig zu senken. Das Projekt wird an Jenaer Schulen bereits erfolgreich umgesetzt. Es soll sich über die eingesparten Kosten selbst finanzieren. Die eingesparten Kosten sollen in weitere Energiesparmaßnahmen investiert werden bzw. zum Teil auch als Anreiz in die Schulen direkt zurückfließen. Im Rahmen dieses Projektes erfolgt auch eine Überprüfung der Hausanschlusswerte der Schulen sowie der Heizkennlinien.

Zur Prüfung von Möglichkeiten der Energieeinsparung im Bereich Straßenbeleuchtung sind weitere Voruntersuchungen notwendig.

Zur Begleitung und Verfolgung der Umsetzung von Energiesparmaßnahmen wurde ein „Energie-Team“ gebildet, welches monatlich einen Kurzbericht zum Abarbeitungsstand der Maßnahmen erstellt. Mit einer Dienstanweisung „Energie“ soll auch das Nutzerverhalten der Mitarbeiter so verändert werden, dass sich messbare Effekte zeigen. Daneben werden kleinere Projekte, wie die Anschaffung abschaltbarer Steckerleisten in die Untersuchung einbezogen, um Standby-Verluste der vorhandenen elektronischen Geräte zu minimieren.

2.7 Schulnetzplanung

Das gegenwärtig gültige Schulnetz ist mit Wirkung bis zum Jahr 2012 beschlossen. Aufgrund des notwendigen Prüfungsvorlaufes sind rechtzeitig verwaltungsintern Vorarbeiten zur Untersetzung des im Schulnetz verankerten Zahlenwerkes zu leisten.

Die künftige Schulnetzplanung war in der vergangenen Legislatur durch den Schulausschuss im Rahmen einer Klausurtagung untersucht worden. Eine Überarbeitung wurde nicht vorgenommen. Es ist daher für den neu gebildeten Schulausschuss von neuem eine Ist-Analyse zu erstellen und unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Veränderungen Verwaltungsvorschläge zu erarbeiten. Das Schulnetzkonzept muss zunächst vor allem vorrangig ein bedarfsgerechtes schulisches Angebot beinhalten, welches natürlich wirtschaftlich vertretbar sein muss. Die zwischenzeitlich aufgebauten Angebote der freien Träger sind dabei zu berücksichtigen.



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

Sollte die Zusammenlegung von Schulen und dadurch die Aufgabe von Schulstandorten möglich sein, ergibt sich Einsparpotential insbesondere im Bereich der Bewirtschaftungskosten sowie ggf. notwendiger Investitionskosten.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage der Unterbringung der Musikschule und der Volkshochschule mit einzubeziehen. Diese Einrichtungen befinden sich in Gebäuden, die aufgrund ihrer Lage veräußerbar sind, was bei Schulgebäuden eher nicht der Fall ist. Soweit möglich sollte daher auch die Nachnutzung von Schulgebäuden für Musikschule und Volkshochschule in die Betrachtung einbezogen werden.

Ebenfalls im Zuge der Diskussion über das Schulnetz ist der Standort des Berufschulzentrums zu untersuchen.

2.8 Einrichtung Controlling

Mit der Dienstanweisung des Oberbürgermeisters Nr. 135/2009 wurde zum 01.06.2009 eine verwaltungsinterne Revision gebildet, die direkt dem Oberbürgermeister unterstellt wurde. Dieser wurden 5 Mitarbeiter/innen zeitlich befristet bis zum 31.12.2009 zugeordnet, welchen die Vorprüfung sämtlicher finanzieller Vorgänge oblag. Damit sollte die Überprüfung der Unabweisbarkeit städtischer Ausgaben im Zuge der Haushaltssanierung effektiviert werden. Geprüft wurden alle haushaltsrelevanten Vorgänge bevor daraus finanzielle Verpflichtungen entstehen.

Daneben wurden die Amtsleiter durch den Oberbürgermeister mit Anschreiben vom 26.06.2009 angewiesen, sämtliche in den Ämtern vorliegenden Verpflichtungen aus Verträgen und sonstigen finanziellen Bindungen (z.B. Stadtratsbeschlüsse, Satzungen, Richtlinien) zu erfassen und zur Unabweisbarkeit aller Vorgänge Stellung zu nehmen. Den Revisoren war im Nachgang die Aufgabe zugewiesen, eine Wertung zu allen Verträgen und sonstigen Bindungen vorzunehmen und Empfehlungen an die Fachbereiche hinsichtlich des notwendigen Überarbeitungsbedarfes abzugeben.

Die der Revision zugeordneten Mitarbeiter wurden aus den verschiedenen Verwaltungsbereichen „überkreuz“ eingesetzt, um eine Betriebsblindheit zu vermeiden. Die Empfehlungen der Revisoren führten vom 01.06.2009 bis zum 31.12.2009 zur Vermeidung von Ausgaben in Höhe von rd. 300 TEuro. Sichtbar wurde auch die damit forcierte Zurückhaltung der Fachbereiche bei der Verausgabung der Haushaltsmittel.

Nach Ablauf der zeitlich befristeten Umsetzungen werden die Revisionsaufgaben mit verringerter Stellenzahl in einer Stabstelle „Zentrale Revision“ weitergeführt. Von dieser soll die Weiterführung begonnener Prüftätigkeiten insbesondere zu den in der Stadtverwaltung bestehenden vertraglichen und sonstigen Bindungen geleistet werden. Dieser Organisationseinheit wurde auch die weitere Überwachung der Umsetzung des HSK übertragen.



Haushaltssicherungskonzept 2009 bis 2013

Notwendig ist dafür die regelmäßige Berichterstattung aus den verantwortlichen Fachbereichen über den Stand der Umsetzung und den notwendigen Entscheidungsbedarf. Dafür werden entsprechende Handlungsvorschläge entwickelt. Dem Oberbürgermeister wird kontinuierlich und bei Entscheidungsbedarf über den Stand der Realisierung berichtet.

Dem Stadtrat wird einmal jährlich der Stand der Umsetzung mitgeteilt und die Fortschreibung des HSK vorgelegt. Sofern sich daraus Entscheidungsbedarf durch den Stadtrat für das gesamte Haushaltssicherungsprogramm ableitet, sind entsprechende Beschlussvorlagen vorzubereiten. Notwendige Vorlagen zu Beschlüssen zur Umsetzung von Maßnahmen sind durch die verantwortlichen Fachbereiche für den Stadtrat zu erarbeiten.

Aus dieser Verwaltungseinheit soll schrittweise im Rahmen der Einführung Neuer Steuerungsmodelle ein Controlling als zentrale Steuerungsunterstützung entwickelt werden.

3. Katalog der Haushaltssicherungsmaßnahmen

Der Maßnahmenkatalog wurde zweigeteilt. Zum einen liegt eine Auflistung von durch den Stadtrat zu beschließenden Maßnahmen vor.

Der zweite Teil stellt die in der Zuständigkeit des Oberbürgermeisters liegenden und vorgesehenen Maßnahmen dar.

Die zahlenmäßige Zusammenfassung aller Maßnahmen, einschließlich der aus dem HSK 2008 resultierenden Ergebnisse, erfolgt in der Anlage 1.